

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostpreußen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreis (für Monat von Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM, durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-1 / Geschäfts- u. Expedition: Mühlentorstr. 7 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 15553, Emil Schögel Schriftleitung: Dresden-2, Mühlentorstr. 7 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerei: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Mittwoch, den 11. Mai 1927 Nummer 109

Um das letzte Recht!

Verbot des Kampfes um die Arbeitszeit!

Von der Chemnitzer Staatsanwaltschaft wurde gegen den politischen Redakteur unseres Chemnitzer Arbeiterblattes, den Genossen Strich, ein Strafverfahren eingeleitet, das sich auf mehrere Artikel des Kampfers stützt, in denen die Parole: „Nach 8 Stunden verläßt den Betrieb!“ propagiert wurde. In dieser Propaganda der Massenaktion der Arbeiterklasse zur Verweigerung der Überstunden trotz des Inkrafttretens des Arbeitszeitgesetzes wird von den Behörden der Klassenjustiz eine Kauforderung zur Nichtdurchführung des Gesetzes und damit eine kraftbare Handlung erblickt.

Schlag auf Schlag erfolgten die Angriffe der Reaktion. Nach ist die Erregung über die ungeheuren Streikverboten in Hamburg und Leipzig bei den Arbeitern in frischer Erinnerung, und schon holt die Reaktion zu neuem Schläge aus. Die zwangsweise Kostengrund dieses Justizvorstoßes müde, daß die Organe der Arbeiterklasse widerstandslos die Waffen vor dem Schandgesetze niederlegten, um nicht mit dem Strafgesetzbuch, wie es die Justizorgane der Klassenjustiz auflösen, in Konflikt zu geraten. Würde sich die kommunistische Partei und ihre Presse diesem Angriff der Klassenjustiz fügen und auf die Propaganda des Kampfes um den Achtstundentag und gegen das Arbeitszeitgesetz verzichten, so wäre den Kapitalisten in der Tat ein gewaltiger Dienst erwiesen, denn die reformistischen Führer der SPD und des ADGB, die sich mit dem Arbeitszeitgesetz im Parlament mit mehr oder weniger radikalen Phrasen abgefunden haben, sind heute eingeholt des außerparlamentarischen Kampfes um den Achtstundentag auherst schweigend geworden.

Aber die Reaktion wird sich verrechnen. Die kommunistische Partei und ihre Presse denken nicht daran, sich der Diktatur zu fügen. Sie werden mit aller Kraft forsühren, die Arbeiterklasse zum Kampf um die Ermöglichung des Achtstundentages, auch gegen das Arbeitszeitgesetz der Bürgerblock-Koalition. Die Kommunisten werden ihre Pflicht trotz aller Angriffe der Klassenjustiz den Arbeitern gegenüber erfüllen. Der Anschlag der Justizreaktion wird nur dazu beitragen, daß sich die Arbeiterklasse noch fester um die Organe des Kampfes, um ihre gewerkschaftlichen Organisationen und die proletarische Presse zusammenschließt.

Um was geht es bei diesem Vorstoß? Am 2. Mai ist das Arbeitszeitgesetz in Kraft getreten. Der Achtstundentag wird damit zur Regel und der Achtstundentag zur Ausnahme erklärt. Es ist ein Gesetz zum Schutz der Unternehmern für vergrößerte Arbeitskraft und rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter in verlängerter Arbeitszeit. Der Arbeiter hat sich mit der Verabschiedung dieses Gesetzes eine gewaltige Empörung bemächtigt. Durch die Annahme des Arbeitszeitgesetzes im Reichstag wurde die noch bei vielen Arbeitern vorhandene Illusion zerstört, als ob es möglich sei, parlamentarisch den Achtstundentag zu erringen. Das Arbeitszeitgesetz liefert erneut den Beweis, daß der Arbeiter sich nur der außerparlamentarischen Weg übrig bleibt zur Wiedererobierung des Achtstundentages. Diese Tatsache mußten selbst die reformistischen Führer, wie L. B. Großmann, in Rechnung ziehen, der im Reichstag den außerparlamentarischen Kampf ankündigte.

Was tut unser Chemnitzer Arbeiterblatt? Nichts anderes als die gesamte kommunistische Presse, die die Arbeiterklasse auffordert nach 8 Stunden den Betrieb zu verlassen. Es liegt den Arbeitern, daß der Kampf um den Achtstundentag nicht beendet ist, sondern jetzt erst recht beginnt.

Und was tut die Klassenjustiz? Sie gründet hierauf eine Anklage wegen Aufforderung zum Verstoß gegen eine bestehende Gesetze. Wenn diese Anklage überhaupt einen Sinn haben soll, so nur den, daß die Bourgeoisie mit diesem Prozeß einen Friedensschuß schaffen will, um jede ernsthafte Propaganda für den Achtstundentag und damit logischerweise den Kampf um denselben verbieten zu können.

Mit anderen Worten: Die Bourgeoisie betrachtet das Arbeitszeitgesetz als ein Gesetz zur Verhinderung des Achtstundentages. Darin liegt die Bedeutung dieses Prozesses, indem die Diktatur des Bürgerblocks gegen die Arbeiterklasse in frasser Form in Erscheinung tritt. Deutlich wird hier den Arbeitern gezeigt, daß der Kampf um den Achtstundentag eine reine Machfrage ist. Wären die außerparlamentarischen Widerpositionen der Arbeiter vor allem in den Betrieben, noch so hart wie beispielsweise 1918, kein Arbeitszeitgesetz, auch nicht ein derartiger Prozeß gegen die kommunistische Presse würde möglich sein. Das muß die Arbeiterklasse erkennen. Das Schandgesetz darf aber nur ein Schein Papier bleiben. Die Arbeiterklasse muß den Anschlag junichte machen. Die kommunistische Presse, die den Kampf um den Achtstundentag und gegen das Arbeitszeitgesetz führt, wird es auch weiterhin tun, trotz aller republikanischen Staatsanwälte!

Eine besondere Würdigung verdient das Verhalten der reformistischen Führer. Sie haben mit ihrer Arbeitgemeinschaftspolitik der Reaktion den Weg geebnet. Sie sind die Hauptschuldigen an der jetzigen Entwicklung. Frei nach Kautskys humanisierten he den Klassenkampf indem die sozialdemokratischen Volksbeauftragten jene hochwürdige Schlichtungsausschüsse bilden, die den Kampf aus dem Ringen zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausschalten sollte. Der Kampf um tägliche Brot wurde zu einer elenden Verhandlungskommode degradiert. Der Achtstundentag fiel — mit Zustimmung der

reformistischen Führer — dem Ermächtigungsgesetz zum Opfer. Und jetzt? Man lese nur, was die Reformisten auf die Streikverboten in Hamburg und Leipzig zu erwidern haben. Die Dresdner Volkszeitung schweigt sich über die Angelegenheit vollständig aus. Der Vorwärts erklärt, daß die Urteile in Leipzig und Hamburg war nicht gerade angebracht wären, aber eine ernsthafte Gefahr seien diese Dinge nicht. So täuscht das Blatt des Parteivorstandes der SPD die Arbeiter über diesen unerhörten Angriff auf das Koalitions- und Streikrecht hinweg, als wenn es sich um die harmloseste Sache handelte. Am jämmerlichsten aber ist das Zentralorgan der linken sozialdemokratischen Führer, die Leipziger Volkszeitung. Sie wachte zu dem Verbot nichts weiter zu sagen, als daß man sich beherrschen werde. Aber darauf nahm sie ein aufgeschaltetes Inerat der beteiligten Firma, in dem das Streikverbot enthalten war. Ein würdiges Gegenstück zum sozialdemokratischen Hamburger Echo während des Hakenarbeiterstreiks. Selbst die Dresdner Volkszeitung, die sich genötigt wegen Ueberlieferung mit proletarischer Moral beschwerten kann, merkt sich gegen die laubenen Interessengruppe der Leipziger Volkszeitung mit folgenden Worten:

„Unter den Zeitungen, die es nicht übers Herz bringen konnten, den geldbringenden Internetauftrag abzulehnen, bestand sich — man staune — auch die Leipziger Volkszeitung. Und dabei bedröhnen sich diese radikalsozialistischen Geschäftshaber, anderen Arbeiterverrat vorzumachen.“

Die Leipziger Volkszeitung wagt nur zur Entschuldigung den kommunistischen Zeitungen den Vorwurf zu machen, daß diese ja auch über den Gerichtsbeschluß berichtet haben, und zwar im politischen Teil. Richtig! Aber wir haben keine Moneten dafür einfließen, und um das Infestat handelt es sich, nicht aber um den Gerichtsbeschluß.

Angesichts dieser Dinge muß jedem Arbeiter klar werden, daß die reformistischen Führer von sich aus nichts unternehmen werden, um die Angriffe auf den Achtstundentag und die Gewerkschaften abzuwehren. Und bei alledem ist diese Justizaktion aus dem lehte Grundrecht der Arbeiter nur ein Vorspiel. Weit schlimmer wird folgen. Jetzt müssen die Arbeiter die Antwort geben. Die Einheitsfront der Arbeitenden, Ausgebeuteten — das ist der Sinn des am 22. Mai stattfindenden Landeskonferenzen der Westfälischen Sozialisten. Darauf müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um die Einheitsfront der Westfäligen zur Tatfache werden zu lassen.

Verlängerung des Republikstuhlgesezes

Reichsregierung und Fraktionen der Parteien behältigen sich mit der Verlängerung des Republikstuhlgesezes dieses Gesetzes gegen die revolutionären Arbeiter. Die Reaktionskräfte sind durch dieses Gesetz noch nichts gezeichnet. Die Justizaktion hat nun in ihrer Sitzung beschlossen, die Verlängerung des Gesetzes zuzustimmen. Die Regierung und die Deutschnationalen haben sich nicht gefügt. Die Deutschnationalen verlangen eine Streichung des Kaiserparagrafen. Ganz selbstverständlich sind auch die Deutschnationalen für die Verhinderung des Gesetzes, da dieses Gesetz ja gegen die engeren Freunde der Deutschnationalen keine Anwendung findet. Dabei nehmen die Deutschnationalen an dem Namen des Gesetzes Anstoß. Die Zentrumskräfte will eine zweijährige Verlängerung, weil auch sie dieses Ausnahmengesetz gegen die revolutionäre Arbeiterklasse behalten will.

In der Anwendung des Gesetzes gegen die Arbeiter sind sich alle Parteien einig.

Deutsche Waffentransporte nach China

Hamburg, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Der Dampfer Echa Rimmers verließ am Montag den Hamburger Hafen mit dem Ziel Ostasien. Die Abfahrt des Dampfers war von der Heberei geheimgehalten worden. Erst am Dienstag wußte sie, da die Hamburger Volkszeitung die Abfahrt bereits angeprangert hatte, mitteilen, daß der Dampfer bereits 21 Stunden unterwegs sei. Wie der Hamburger Volkszeitung von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der Dampfer Echa Rimmers auch diesmal wieder ein Ladung Waffen und Munition für reaktionäre chinesische Generale an Bord. Der Aufforderung der Hamburger Volkszeitung an den Senat, die Abreise des Dampfers zu verhindern und die Ladung durch eine in der Hauptsache aus freien Gemeinheitsmitgliedern zusammengesetzte Kommission zu kontrollieren, wurde nicht entsprochen.

Gegen das Antistreichgesetz

London, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag begann in allen englischen Industriebezirken eine gewaltige Verarmungs- und Demonstrationen Kampagne der Gewerkschaften gegen das Antistreichgesetz. Am Sonntag und Montag fanden in den Wirtschaftszentren über 20 Wahlenverarmungen mit anschließender Straßenkundgebung statt, an denen Hunderttausende von Arbeitern teilnahmen. In allen Verarmungen wurden einstimmige Resolutionen angenommen, die das Antistreichgesetz der Regierung gegenüber als überflüssig ablehnen und entschieden den Kampf, notwendigfalls den Generalstreik fordern. In vielen Industriebezirken hat die Gewerkschaft des Textilarbeiterverbandes Demonstrationen abgehalten, zu denen Resolutionen angenommen und das Antistreichgesetz entschieden abgelehnt wurden.

Die Kritik des flugen Bessermachers

In der sozialdemokratischen Presse veröffentlichte vor kurzem Hermann Fleißner einen Artikel, in dem er zu den bevorstehenden Reichstagswahlen der SPD in Kiel Stellung nahm. Fleißner kritisierte in diesem Aufsatz scharf das Ergebnis der Koalitionspolitik in Preußen, insbesondere die Haltung der SPD zum Hohenzollernvergleich. Auf die Angriffe Fleißners antwortete damals der Vorwärts-Redakteur Victor Schiff in einem wüsten Artikel, in dem Fleißner und die lächlichen Linken allerhand Schmeicheleien zu hören bekamen. Nunmehr hat auch der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion Heilmann in den Streit eingegriffen. Er nahm zu den Angriffen Fleißners in der Angelegenheit der Hohenzollernabfindung in Preußen in der Leipziger Volkszeitung folgendermaßen Stellung:

„Es ist unverantwortlich leichtfertig vom Genossen Fleißner, sich nicht besser über die Tatsachen unterrichtet zu haben. So sei deshalb, wie schon unzählige Male, festgestellt: Ehe der preußische Ministerpräsident Braun seine Zustimmung zum Hohenzollernvergleich gab, hat er die preußische Landtagsfraktion befragt, ob sie die politische Verantwortung dafür übernehmen wolle. Diese hat die Entscheidung der Reichstagsparteiinstanzen nachgelassen. Der Reichstagspartei Vorstand hat ihr einstimmig zum Abbruch des Vergleiches geraten. Der Vorstand der Reichstagsfraktion hat sich dem angeschlossen und mit allen gegen eine Stimme die Einberufung der reformierten Reichstagsfraktion abgelehnt. Erst danach hat die preußische Fraktion den Genossen Braun ermächtigt, den Vertrag zu unterschreiben.“

In den Darlegungen Heilmanns interessiert die Tatsache, daß der Parteivorstand sowohl als auch der Vorstand der Reichstagsfraktion ihre Zustimmung zum Abbruch des Schandvertrages mit den Hohenzollern in Preußen gegeben haben. In einer Erwiderung Fleißners, die gestern in der Dresdner Volkszeitung unter dem Titel „Zum preußischen Koalitionsproblem“ erschien, wird nunmehr als Antwort auf Heilmanns Ausführungen noch einmal zur Politik der SPD in Preußen Stellung genommen. Wir zitieren aus der scharfen Kritik Fleißners folgende Stelle, in der Fleißner nachträglich und ungewollt bestätigt, wie recht die Kommunisten hatten, wenn sie die SPD-Führer in Preußen und den Parteivorstand als Lakaien der Hohenzollern und Justizrentner brandmarkten. In Fleißners Aufsatz heißt es:

„Dah Parteivorstand und Fraktionsvorkand gefragt wurden und zugestimmt haben, wurde der Reichstagsfraktion — nur von dieser sprach ich — einfach mitgeteilt, als an der Sache nichts mehr zu ändern war. Genosse Otto Braun hat auch kein Hehl daraus gemacht, daß er die Reichstagsfraktion absichtlich nicht engagieren wollte. Es kann also keine Rede davon sein, daß ich irgendwie „unverantwortlich leichtfertig“ geschrieben hätte. Diesen Vorwurf will ich also völlig unberührt entschieden zurück! — Wenn Heilmann den Vergleich mehr von der finanziellen Seite betrachtet, so sehe ich ihn in erster Linie von der politischen an. Da sind wir eben in der Beurteilung verschiedener Meinung. Doch der Hohenzollernvertrag politischen Schaden für die Partei gebracht hat, zeigte sich L. B. bei den lächlichen Landtagswahlen. Die Kommunisten haben damit einen sehr wesentlichen Teil ihrer Katalien gegen uns mit Erfolg bestritten. Die Eroberung von vier Mandaten ist höher zum großen Teil darauf zurückzuführen. Diese Auswirkung hat sich weniger in den großen öffentlichen Versammlungen, als vielmehr in den Betrieben und in der Kleinagitation bemerkbar gemacht. Beziehen bleibt und nicht bestritten ist ferner die Tatsache, daß bis auf wenige Mitglieder die Preußenfraktion den Vertrag im einzelnen nicht konnte, als sie veranlaßt wurde, über ihn zu entscheiden. Sie konnte insbesondere nicht den äußerlich reinlichen 87, der dem Exzeller das Schloß Hamburg als Wohnsitz zuhöret, falls er wieder einmal nach Deutschland zurückkehren sollte. Auf diesen hochpolitischen Punkt aufmerksam gemacht wurde der Reichstagsfraktion erklärt, daß der 87 von der Preußenfraktion allerdings „überleben“ (1) worden sei. Ich finde solche und ähnliche Vorgänge für die Sozialpartei unerträglich. Wären sie der Parteimitgliedschaft in Preußen bekannt, dann würde sich wahrscheinlich die Meinung über das Wesen der gegenwärtigen Koalition hart verändern. Und ist es nicht ein politisches Unikum, daß dieselbe preußische Regierung sich hart dafür ins Zeug legt, die Rückkehr deselben Wilhelm nach Deutschland zu verhindern, dem sie ein vornehmeres Schloß als Wohnsitz zur Verfügung stellt? Wo bleibt die Politik, die einstimmige Konfession?“

Diese Feststellung eines der Führer der lächlichen Linken dürfte für manchen sozialdemokratischen Arbeiter sehr interessant sein. Sie zeigen wie die SPD-Arbeiter von ihren Führern und dem Parteivorstand betrogen wurden. Also nicht einmal die Reichstagsfraktion hatte Kenntnis von dem Abbruch des Hohenzollern-Vergleichs. Er wurde ihr nachträglich mitgeteilt. Die linke Hand durfte nicht erfahren, was die rechte tat.

Mit der Kritik an dem Hohenzollernpakt der SPD-Führer in Preußen sind die Angriffe Fleißners auf das Ergebnis der preußischen Koalitionspolitik der SPD nicht erschöpft. Was er über das sonstige Ergebnis der Politik der SPD in der preußischen Koalitionsregierung sagt, erscheint uns wert genug

Vertical text on the left margin containing various shop names and advertisements like 'C', 'A. E.', 'FABRIKATION', 'thenaufstraße', 'NAU', 'mann', 'raße 2', 'itoral / Café', 'U. A. K.', 'U. A. K.', 'Königstr. 66', 'WALDE', 'K. MANN', 'Fleischerei', 'e 102', 'MERMANN', 'ung, Braubel 304', 'WITZ', 'onialwaren', 'rmüller', 'Straße 30', 'IG', 'ffbielhaus', 'G', 'Stralag', 'elplan', 'SCHAPPEL', 'ch-, Leib- und', 'mpfiehlt', 'Varenhaus', 'hütter Str. 27', 'RO', 'Strumpf- und', 'ollwarenhaus', 'ermann May', 'Markt 10', 'RO', 'HLER', 'waren, Netze', 'ADT', 'UNZEL', 'DELIKATESSEN', 'IGARETTEN', 'eißbach', 'Schnittware', 'ONAU', 'maschinen', 'erkstalt', 'ERT', 'DORF', 'otoräder', 'lektrobedarf', 'ER', 'ert', 'MOBEL', 'bedingung', 'rette Str. 27', 'MÖNE', 'e 14', 'GESCHAFT', 'Theaterstr. 12', 'Ter. Eilwa 2774', 'schei und Saffer', 'F. G.', 'wollhalt', 'sch.', 'mens, Breite Str. 27', 'F. G.', 'ledermann', 'das richtig', 'in Zittau', 'Zittauer Bierbrau', 'e- und feine We.', 'straße 35', 'hner', 'Schlüterbr.', 'SLUB', 'Wir führen Wissen.'

ausführlich wiedergegeben. Insbesondere weist damit auch die Mitgliedschaft der SPD-Führer an dem letzten Hauszug auf die Tölpelhaftigkeit der Verantwortlichen, und die Verantwortung für den ungeheuren Mietwucher festgestellt wird. Fleißiger schreibt:

Selbstredend war es auch mir bekannt, daß der preussische Wohlfahrtsminister zum Erlaß der Mieterverordnung durch das Reich ermächtigt war. Ich habe jedoch besonders hervor, daß sich die Zentrumstraktion des Landtages demonstrativ hinter ihren Minister stellte, während eine solche Hebereimerstimmung zwischen Minister und Fraktion bei der Sozialdemokratie nicht in Erscheinung trat. Das Zentrum machte von diesem doch nicht unwichtigen politischen Imponderabile rücksichtslos Gebrauch, wie nicht. Warum nicht? Der preussische Wohlfahrtsminister soll nach §. die Verordnung „auf eigene Faust“ erlassen haben. Das heißt also, das Kabinett ist nicht gefragt worden, die Meinung der beiden sozialdemokratischen Minister — bzw. des Ministerpräsidenten! — wurde vorher nicht eingeholt. Das macht die Sache noch schlimmer, denn es handelt sich doch um eine zweifellos sehr wichtige Angelegenheit. Daß die Gesamtregierung eines Landes vom Reich eine Ermächtigung hat, sagt noch lange nicht, daß ein einzelner Minister damit nach Belieben schalten und walten kann oder soll. Und daß ein Ministerpräsident sich eine solche Bräufierung gefallen läßt, ist gewiß kein alltäglicher Vorgang. Denn daß die Sozialdemokratie gegen die Verordnung sein mußte, war dem Zentrumminister gewiß nicht unbekannt. Er nahm jedoch keine Rücksicht auf die stärkste Partei der Koalition! Wo bleibt da die „Machtposition“? Die Unmündigkeit und das An-die-Wand-Prüden der Sozialdemokraten sind handgreiflich! Im Reichsrat sei der Widerstand Preußens gegen die Mieterhöhung durch das Reich „mit Sicherheit zur Erfolglosigkeit verurteilt“ gewesen. Deshalb instruierte die preussische Regierung ihre Vertreter, für die Mieterhöhung zu stimmen. Diese Argumentation ist unglücklich, unerhörte! Man wende solche Taktik nur einmal auf die Tätigkeit unserer Fraktionen in den Parlamenten an. Etwa so: unser Widerstand gegen die Lebensmittelpreise ist auschisslos, deshalb — stimmen wir gleich mit dieser Fülle um. Wie schwach muß eine Position sein, die ernsthaft mit solchen Gründen arbeitet! Man braucht kein Wort weiter darüber zu verlieren. Auf der gleichen Höhe steht die Meinung Heilmanns, daß die fünf deutschen nationalen Provinzvertreter im Reichsrat, die gegen die Reichsverordnung stimmten, „natürlich im Einzelfalle unbedingt für die Mieterhöhung gestimmt hätten“. Das ist zunächst eine ganz willkürliche Annahme, ein erstes Verlegenheitsargument. Aber warum machte man nicht den leichten Versuch, den „Einfall“ herbeizuführen, um die wirtschaftliche oder vermeintliche demagogische zu entlarven? Denn vorher konnte man nicht wissen, wie die Entscheidung im Reichsrat fallen würde. Ich kann mir nicht helfen: Das sind sehr faule Koalitionsgeschichten. Wenn alle Koalitionspolitiker, die mit im Reich oder in irgendeinem Lande zu machen haben, gleich schlimm ausfallen würde, dann könnten wir mit unserer Partei einpendeln.“ (Ausweichungen von der Volkszeitung. — Red. d. Arbeiterstimme.)

Was Fleißiger mit diesen Worten über die Politik der SPD-Führer in Preußen sagt, ist die Kritik und das Urteil des klugen Besserwachers. Nichts weiter! Nachdem er in seinem Aufsatz noch festgestellt hat, daß in Preußen zurzeit über ein Konfordat noch festgestellt hat, schließt er mit der Bemerkung von abnormer Beherrschung sozialdemokratischer Koalitionspolitiker, die er seinen Parteifreunden in Preußen zum Vorbild macht und erklärt dann, daß die Debatte keineswegs um die Frage für oder gegen Koalition schlechthin gehe. Das aber ist das Entscheidende. Nicht die scharfen Worte, sondern das grundsätzliche Einverständnis unzufriedener Kritiker mit der Koalitionspolitik an sich ist es, worauf es ankommt. Und deshalb fragen wir hier mit den eigenen Worten Fleißigers: „Wo bleibt die Logik — die einfachste Konsequenz?“

Der Reichstag will bald in die Ferien

Beratung des Luftfahrtsengesetzes. — Gegen die Beratung der Fiskusentwürfe.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschäftigte sich mit den laufenden Arbeiten. Zuerst soll das reaktionäre Luftfahrtsengesetz behandelt werden. Die Beratung des Vorkonferenzrats der Reichspost und der kommunistischen und sozialdemokratischen Fiskusentwürfe wurde abgelehnt. Es ist möglich, daß die Fiskusentwürfe noch behandelt werden. Aller Voraussicht nach wird der Reichstag am 19. Mai wieder in Ferien gehen.

Gegen den Vortowucher der Reichspost

Ein Vorstoß der Kommunisten (SPD) Berlin, den 10. Mai 1927.

Die erste Reichstagsitzung nach den Osterferien am Dienstag, den 10. Mai, wird eingeleitet durch eine Begrüßungsansprache an den wiedergewählten Reichstagspräsidenten Loebe, dem man einen Blumenstrauß auf seinen Platz gestellt hat. Loebe dankt mit der Erwartung, daß die angestrebten, arbeitenden Parlamentarier ohne Unterbrechungen und Anstößigkeiten bald in die großen Sommerferien gehen könnten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird unter schallendem Gelächter die Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschnationalen Abgeordneten Fismarck wegen Hebertretung der Verordnung über Kraftfahrzeuge und ein weiterer Strafantrag gegen den parteilosen Abgeordneten Lange-Begermann wegen Hebertretung der Polizeiverordnung an den Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Fritsch protestiert gegen die „vornarrischen“ Methoden, die der Polizeipräsident Förgiebel, der preussische Innenminister Grzesinski gegen die Berliner nationalsozialistische Gruppe anwenden. Als Heilmittel gegen den „marxistischen“ Terror fordert der reaktionäre bayrische Polizeichef Fritsch die sofortige Beratung des Vereinsgesetzes. Da gegen die Behandlung des Vereinsgesetzes Widerspruch erhoben wird, wird in die vier Punkte enthaltene Tagesordnung eingetreten, die ganze zehn Minuten in Anspruch nimmt.

Für die kommunistische Partei unternimmt zur Geschäftsordnung

Genosse Torgler

einen wirkungsvollen Vorstoß gegen die Wuchermethoden der Reichspost, die zurzeit unter der Leitung des Kanern Schütz steht. Sobald durch die Presse bekannt wurde, daß das Reichspostministerium eine Erhöhung sämtlicher Posttarife vornehmen wolle, hat die kommunistische Fraktion durch einen Antrag die neue Ausplünderung der Massen zu vereiteln gesucht. Unser Antrag fordert vom Reichstag:

den Reichspostminister zu ersuchen, die geplante Erhöhung des Briefpostens und der übrigen Postgebühren nicht vorzunehmen und von einer Vorlage an den Verwaltungsrat der Reichspost abzusehen.

Der Wortlaut besagt bereits, daß dieser Antrag sofort beraten werden muß. Der Postminister hat wiederholt erklärt, daß der Reichstag das vollständige Kontrollrecht auch über das Geschäftsgebahren der Reichspost habe. Wenn der Reichstag aber die Behandlung unseres Antrages hinauszögert, so besteht die Gefahr, daß der Verwaltungsrat der Reichspost erklärt, aus Preisvergrößerungen, die er wolle sich vom Reichstag seine Beschlüsse nicht vorzeichnen lassen. Es ist noch allgemein bekannt, daß erst vor vier Wochen die unerhörte Fernsprechanordnung durchgeführt worden ist. Auf die Beratungen des Reichstages hat damals der Verwaltungsrat der Reichspost erklärt, die

Reichstagsbeschlüsse seien Theater, und der Verwaltungsrat seine Tuppe. Der Reichstag muß daraus die Lehre ziehen — falls es ihm ernst sein sollte, die Interessen des werktätigen Volkes wahrzunehmen. Bereit zu erheben gegen die neuen geplanten Tarife, ehe der Verwaltungsrat der Reichspost sich damit befähigt hat.

Die Begründung, die der Postminister seiner Absicht gibt, ist geradezu lächerlich und fadenförmig. Der verflochtene Reichspostminister Stinzel hat noch im vergangenen Jahre erklärt, die Finanzlage der Reichspost sei durchaus gesund; man hat sogar die Summe, die an das Reich abgeführt wird, von 35 auf 70 Millionen erhöht. In diesem Jahre, und zwar in den Monaten Februar und März, ist eine allgemeine Steigerung des Briefpostens und der übrigen Verkehrswege der Post eingetreten, so daß die Einnahmen weiter gestiegen sind. Diese Tatsachen beweisen, daß es sich um einen völlig unmotivierten Raubzug auf die Taschen der werktätigen Bevölkerung handelt. Die erhöhten Postgebühren werden auf die Warenpreise umgelegt. Der geschädigte Teil ist das werktätige Volk.

Wir rufen zum Kampf gegen diese neue Steuerbelastung auf. Wir protestieren mit aller Schärfe gegen die Geschäftsmethode der Reichspostverwaltung. Aus diesem Grunde beantragen wir, unseren Antrag auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu legen. (Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten.)

Der kommunistische Antrag wird von den Bürgerblockpartei gegen die Stimmen der SPD, SPD, Demokraten, Wirtschaftspartei und Sozialisten abgelehnt.

Damit wird die Sitzung abgebrochen und auf die Tagesordnung für Mittwoch, den 11. Mai, gesetzt: Die zweite Lesung des Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Publizitäten, und kleinere Vorlagen.

Die wachsende Kulturreaktion!

Vor der zweiten Lesung des Luftfahrtsengesetzes

Kaum hat der Reichstag nach seinen Osterferien die Beratungen wieder aufgenommen, und schon leitet er die verheerende kulturreaktionäre Offensive ein. Auf der Tagesordnung steht das reaktionäre Luftfahrtsengesetz, jenes Gesetz, das politische wie kulturelle Arbeiterorganisationen sowie jede freiheitliche, sozialistische Darstellung mit dem Polizeiverbot bedroht.

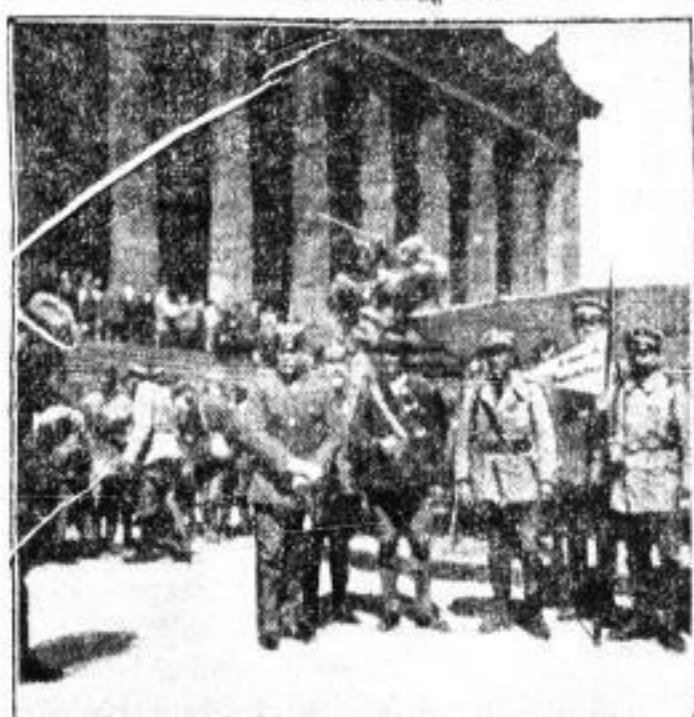
Das Schand- und Schmutzgesetz, die Unterdrückung revolutionärer und sozialistischer Literatur ist bereits seit Monaten in Kraft. Seine Auswirkungen zeigen sich. Statt gerichtlicher Verbote der proletarischen Literatur kann man jetzt mit der verlogenen Formel Schand und Schmutz den Kampf

Annenweg verrückt

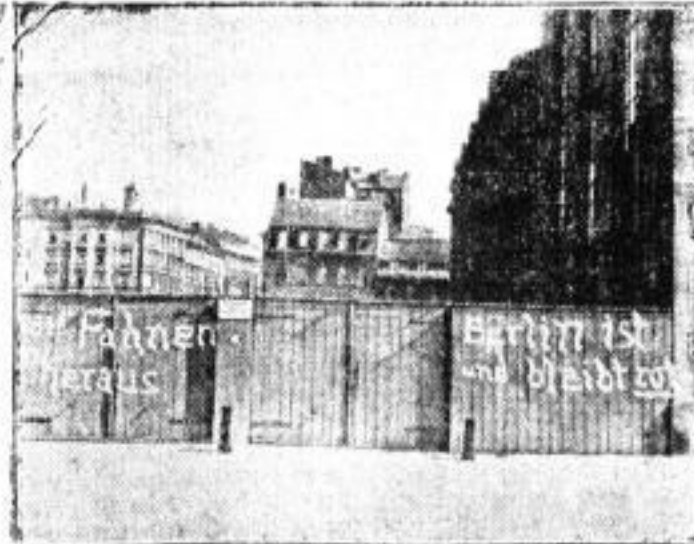
In Berlin sah man am Sonntag nicht nur den Stahlhelmtag, sondern auch den Parteitag der Annenweg für Hohenzollern-Hutträger; jenen Verein preussischer Jungfrauen und schwarz-weiß-roter Klempnerinnen, der sich mit nicht geringerer Heberhebung Deutschkonjunkturpartei nennt.

Man war zum Zusammenkommen, um Reden zu halten, Reden, die man sie aus dem Munde eines Finanzpolitikers gewohnt ist, der heute in Doorn sitzt. Der Deutschnationaler Goering trat wieder einmal auf, um zu erklären, daß die für die Bildung der Bürgerblockregierung feinerseit vorgelegten Richtlinien von den Deutschnationalen nicht bestritten wurden. Was die Deutlich-

Vom Stahlhelmtag in Berlin



Die Generale brauchen Kanonenfutter



Parolen in den Arbeitervierteln

nationalen weiter von der Bürgerblockregierung erwarten, ging aus seinen weiteren Ausführungen hervor, in denen er ganz im Stile Wilhelm des Rechten erklärte:

„Sollt man nun vielleicht erklären, ihr sollt die Monarchie wieder haben, aber nach englischem Muster. Eine solche Monarchie würden wir bekämpfen, denn wir würden das Jüdische hindurchschmeißen, das die Monarchie zu Jüden des auserwählten Volkes auszuheben würde. Der völlige Gedanke ist der einzige Gedanke, der neu und ursprünglich aus dem Kriege hervorgegangen ist. Die völlige Frage kann nicht im Reichstag gelöst werden, weil dieses System ein jüdisches ist. Unter tausend Deutschen werde einer Arzt, unter 1000 Juden dagegen acht. Aus der Welt der verschiedenen Schularten zeige, daß jetzt eine rassistische Oberflächigkeit im deutschen Volk geschaffen werde. Den Fideikommissbesitz habe man zu mobilisieren gesucht, man habe auch die Ehe zu mobilisieren gesucht durch die Schmutzliteratur, auch die Heberzeugung habe man zu überlegen gesucht, sogar die Landesgrenzen habe man mobilisiert. Wenn der Kaiser den Juden bekämpft, ihm aber morgen sein Korn verkauft, so veründigt er sich am deutschen Volk. Die deutsche Frau, die in ein Warenhaus geht, macht in dem Moment ihres Eintretens den Mittelstand kaputt.“

Dann folgt ein Glaubensbekenntnis, das von den Anwesenden unter stürmischem Beifall wiederholt wurde:

„Wir glauben an Gottes Gerechtigkeit, wir glauben an des Königs Wiederkehr und wir glauben an die Wiederaufrichtung

gegen mißliebige Schichten führen. Und nun steht die unmittelbare Verabschiedung des zweiten Schand- und Schmutzgesetzes auf der Tagesordnung des deutschen Reichstages. Man verzichtet man bereits auf die „Schandentag“ zur Tarnung von Schand und Schmutz. Heute steht man bereits über die Polizei als die allgemeine Sittenrichter ein. Keine politische Verantwortung, ja nicht einmal das Theater, die Fiktion ist vor den Schergen der Kulturreaktion höher.

Und das ist noch lange nicht der letzte Schlag, den der Bürgerblock gegen das nach wirtschaftlicher Kultur drängende arbeitende Volk führt. Die Kette der kulturreaktionären Gesetze wird weitere Schandpläne auf. Schon droht man mit einem Schandgesetz, das die Schule der Religionen unterstellt werden. Und als Krönung des kulturreaktionären Gebäudes will man dann das Konfordat errichten, jene Vereinbarung, die der Kirche ungeheure Reichtümer und selbst weltliche Macht überantwortet. Es ist klar: das Konzern- und Finanzkapital, das mit größter Brutalität die Nationalisierung der Betriebe im Interesse des Geldguts und zum Schaden des gesamten werktätigen Volkes durchführt, heuchelt seine Staatsgewalt, die demokratische Hindenburg-Republik, gemeinsam mit der Kirche die kapitalistischen Ziele zu vertreten. Ausbeutung in den Betrieben, heuchelnde Verleumdung des arbeitenden Volkes, blutige Unterdrückung durch Faschismus, Polizei und Justiz! Da steht noch die planmäßige Verbannung und Einschließung der Massen durch das Postentum. Gegen diese Pläne der Reaktion gilt es die große, machtvolle Abwehrfront des gesamten werktätigen Volkes zu errichten.

Wo bleibt der Verband für Freidenkertum und Frauenbestattung? Wo bleiben die freigeistigen Verbände? Wo bleiben die freien Gewerkschaften? Wo bleibt die sozialistische Arbeiterjugend? Wo bleibt die Sozialdemokratische Partei?

Sie alle schweigen oder beschränken sich auf einen gelegentlichen Artikel in ihrer Zeitschrift. Die Kommunisten rufen die Mitglieder und Anhänger aller jener Organisationen und Vereinigungen entschlossenen Kampfes gegen die Kulturreaktion auf, gegen die Feindschaft, die heute nur noch kulturreaktionär sein kann, auf. Der zweite kulturreaktionäre Schlag, das Luftfahrtsengesetz, muß die große Abwehrfront zustande bringen, die beim Schand- und Schmutzgesetz noch nicht verwirklicht werden konnte. Veranlaßt die Versammlungen und Protestkundgebungen duldet nicht die Verwirklichung aller Schandpläne der Reaktion und ihres Bürgerblocks.

Goebbels soll verhaftet werden

Wie die B. Z. gestern meldet, ist gegen den Faschistenführer Goebbels wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten ein Verhaftungsbefehl erlassen worden. Die Staatsanwaltschaft soll jedoch seine Verhaftung erweisen haben.

Goebbels ist der Führer der Berliner Organisation der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Er war der Redner in der Faschistenversammlung im Kriegerdenkmal, in der während seines Referates durch seine Aufforderung zu gewalttätigen Taten kam, bei denen die Nationalsozialisten einen Kampf blutig schlugen und eine Anzahl Journalisten bürgerlicher Blätter schwer mißhandelten. Goebbels soll die Absicht haben, sich durch die Flucht dem Strafverfahren zu entziehen.

Aus ersicht ist die Sorge vor einer Strafhaft überflüssig. Bisher haben die Nordbrandenburger noch immer „gerechte“ Wunden, und es dürfte auch seitens der Staatsanwaltschaft in der Absicht der Verhaftung wohl bleiben.

Die Prawda zum Stahlhelmtag

Die Prawda weist darauf hin, daß der Tag des Stahlhelmtages in Berlin werde der Geschichte als der Tag einer gewaltigen Antifaschisten demonstration angesehen, die unmittelbar nach der Führung der kommunistischen Partei gegen den Bund der gesamten Kräfte der Reaktion von Hindenburg bis Schandgesetz durchgeführt wurde.

Der Sinn dieses Tages des Kampfes zwischen Kommunismus und Faschismus tritt noch deutlicher hervor, wenn man die Lehren der Maidemonstrationen, die in einer Reihe von Ländern ungenügend der öffentlichen Sabotage von den sozialdemokratischen Parteien erfolgreich vertrieben, betrachtet wird. Alle diese Demonstrationen zeigen davon, daß in der Arbeiterklasse Europas eine aktiv feindliche Einstellung zur imperialistischen Reaktion, die in den Ländern der bürgerlichen Demokratie wächst und erpakt, entstanden sind.

Der Feldzug in Berlin wurde im selben Augenblick eröffnet, wo die imperialistischen Länder nicht allein den revolutionären Krieg gegen China weiter führen, sondern auch die größten Anstrengungen machen, um die Kriegsgewinn zu wehren und die Menschheit vor die Tarnung eines neuen Weltkrieges zu stellen. Doch gegenwärtig ist ein Kampf ohne die aktive Teilnahme des Proletariats, des freien Bedenken im Zusammenhang mit der Kriegsschuld fast gestiegen, ist unmöglich. Die imperialistischen herrschaftlichen die Bedeutung der Arbeiterklasse in den künftigen Kriegsoperationen, auch auf dafür gelogt, daß die Kriegsmobilisierung von der Unterdrückung der Arbeiterorganisationen begleitet werde. Die Regierung Baldwin, die gegen das revolutionäre China Krieg führt, bringt ein eigenes gegen die Gewerkschaften gerichtetes Gesetz durch. Doch die Taktik der Proletariermassen wird nicht von den Gehehen, die von den Imperialisten erlunden werden, sondern vom Grabe der Aktion und der Klassenbewusstheit des Proletariats abhängen.

Der 8. Mai ist eine erste Verwarnung an die imperialistischen Länder und eine Quelle der Zuversicht für die kommunistischen Parteien, die gegen den Heerfeldzug in China und gegen die Versuch, ihn zu einem Weltkrieg zu erweitern, zu kämpfen führen. Die Taktik der Einheitsfront im Kampf gegen Militarismus und Faschismus, die von unten verwirklicht wird, erweitert sich als erpöcklich und erfolgreich, trotz aller Vermählungen der Sozialreformisten, die sie zu kompromittieren suchen.

Borodin auf dem Kongreß der chinesischen Kommunisten

Aus Hankau wird gemeldet, daß dort der dritte Kongreß der chinesischen kommunistischen Partei eröffnet worden sei. Auf dem Kongreß wurde Borodin enthusiastisch begrüßt. Borodin verlas einen Bericht, in welchem er u. a. äußerte, daß der Reichstag durch seine Abänderung die kommunistische Bewegung in China durchaus nicht gestört habe. Der Kongreß nahm eine Resolution an, in welcher es u. a. heißt: 1. muß ein Militärbündnis mit der Sowjetunion geschlossen werden; 2. werden diplomatischen Vertretungen in Hankau und in Peking zu eröffnen; 3. sei der Kampf mit Marshall Tschangtschai bis zum Ende durchzuführen; 4. sei die Unterwerfung der ausländischen Offiziersgruppen zu verlangen; 5. die Bekämpfung des großen Privatkapitals bei gleichzeitiger Anerkennung des privaten Eigentums.

Bürgerliche Regierung in Oesterreich

Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes haben in den letzten Tagen zwischen der Regierung und den bürgerlichen Parteien Verhandlungen stattgefunden, als deren Ergebnis festgestellt werden kann, daß die Regierung im neuen Parlament aus Christlich-Sozialen, Großdeutschen und dem Landbund bestehen wird. Die Mehrheit wird gegenwärtig 94 Stimmen umfassen, denen 71 Sozialdemokraten gegenüberstehen. Die Bildung einer bürgerlichen Regierung ist als gesichert angesehen worden. Es wird angenommen, daß der Landbund Anspruch auf das Agrarministerium erheben wird.

Staatsforsten und Preistreibererei

Staatsbeihilfe für Forstarbeiter — Wirtschaft und Statistik — Um das Kinderzuchtgesetz

Vandtagsführung vom 10. Mai 1927.

Es stehen zunächst auf der Tagesordnung Straßverfolgungen von Abgeordneten. Hier davon richten sich gegen die Sozialdemokraten Liebmann, Dobbert, Wedel und Arzt, zwei gegen unsere Genossen Lieberich und Ciemert. Die Strafverfolgungen werden sämtlich abgelehnt.

Es folgt dann die zweite Beratung des Statistisches Staatsforsten.

Der Berichterstatter Grellmann berichtet in seinem Bericht über die Maßnahmen der Forstdirektion gegen entlassene Arbeiter. Natürlich löst er gegen die Steuerfreiheit für die Staatsforsten Sturm, um die Privatforsten zu schützen.

Genosse Cypk

begründet die Stellungnahme der kommunistischen Fraktion. Er unterzieht die tatsächlich vorhandene Preissteigerung vor allem für das Bauholz einer scharfen Kritik. Diese Preissteigerung hemmt den Wohnungsbau gewaltig. Wir sind der Meinung, daß gerade die Staatsforsten preislenkend einwirken sollten. Bis heute ist jedoch das Gegenteil der Fall. Um des Profits willen unterläßt man nicht dankverdienende Zusatzen wie z. B. das Spornholzgewerbe in Lauterbach. Wir haben Entwürfe in entgegengekehrter Richtung gezeichnet und verlangen Verzichtnahme an Sozialrenten und Erwerbslose. Die Herabsetzung des Wasserpreises muß zugunsten der kleinen Handwerker, Bauern usw. durchgeführt werden. Die Lage der Waldarbeiter ist katastrophal. Die Staatsbeihilfe würde ihnen dennoch nicht ausgehört. Es muß dafür sorgen werden, daß ihnen nötige zweckmäßige Kleidung und genügend Unterkunftsraum zur Verfügung gestellt werden. Wir verlangen, daß die Waldarbeiter eine Entschädigung für Kentege und besondere Wegegelde in Berücksichtigung der langen Wege bis zur Arbeit erhalten. Das Fehlen von Holz, das den Arbeitern als ein Teil des Lohnes geliefert wird, soll unserer Meinung nach nicht verkauert werden. Die Forstwirte sollen statt nach Gr. 3 und 4 nach Gr. 5 und 6 bezahlt werden. Bedauerlich ist, daß diese Forstbeamten so arbeitslos sind und reaktionär eingestellt sind, obwohl sie der Arbeiterschaft angehören. Wir wünschen, daß bald diesen „grünen“ Forstarbeitern ein Licht darüber aufgeht, daß sie ihre Lebenslage nur durch den Kampf mit der Forstverwaltung verbessern können. Die Holzindustrie bei den Waldarbeitern bringt einen unheimlichen Verbrauch an Arbeitskraft und an Abnutzung ihres Werkzeuges mit sich, das sie in ihrer Freizeit wieder herstellen müssen. Dabei verdienen die Arbeiter 60 Pf. pro Stunde. Das ist ein solcher Lohn nicht zum Leben reicht, ist nur durch Afforderschulerei kommen sie auf höchstens 70 Pf. Die Zulagen, die wir verlangen, waren früher bereits vorhanden, später wurden diese Zulagen mit der Begründung gestrichelt, daß sie der Tarif eine Erhöhung auf 60 Pf. mit sich gebracht habe. Für diesen schändlichen Tarif ist die reformistische Führerschaft des Landarbeitersverbandes mit verantwortlich. Die Sozialdemokraten können als Ausreißer für ihre Ablehnung, daß sich der Landtag nicht in Wirtschaftsstreitigkeiten einmischen könne. Diese Erklärung ist dumm, da ja auch die Sozialdemokraten zu gewissen Zeiten solche Anträge stellen.

Wir werden jedoch unabhängig von diesen Monopolen den Waldarbeitern klarmachen, daß sie ihr Ziel nicht von einem Parlament erhalten können, sondern daß sie ihre Rechte erkämpfen müssen! (Vehabtes Brau! bei den Kommunisten.)

Der Finanzminister gibt zu, daß eine Preissteigerung eingetreten ist, bestritt aber, daß diese Steigerung hemmend auf den Wohnungsbau einwirkt.

Der Vertreter der Sozialdemokraten erklärt, daß sie zwar der Holzsteigerung an Arbeitslose um zustimmen werden, daß sie es jedoch ablehnen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu unterlassen, da dies Sache der Gemeinschaft sei (und wenn diese mit es hier der Fall ist, so soll verlangt!).

Genosse Böcker weist in einer kurzen Bemerkung die Ermüdung des Finanzministers zurück und betont, daß es uns darauf ankommt, daß die Regierung das Holz den Siedlungsgemeinschaften, den Gemeinden und den Arbeitern zum Selbstkostenpreis überläßt. Die Regierung tut dies nicht, sie beharrt sich bei der Preisbildung im Schlepptau der preisstreibenden Privatforstwirtschaft. Wir sind der Meinung, daß die Staatsforsten gerade die entgegengekehrte Aufgabe haben im Interesse der Allgemeinheit und des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Natürlich wird eine Bürgerbefragung in dieser Richtung niemals ansetzen. Das sollen sich die tatsächlichen Wertigkeiten merken.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der verlangt, daß die Einkünfte des Forstbesitzers zu bezahlen sind, zeigt, daß scharf-

macherische Methoden in der Staatsforstverwaltung angewendet werden. Die Verwaltung hat sich tatsächlich geweigert, diese Selbstverständlichkeit zu erfüllen.

In der Abstimmung wird der Antrag auf Bezahlung der Sitzungsgeld der Betriebsräte abgelehnt. Die KPS stimmt mit dem Bürgerblock gegen die Bezahlung. Der Antrag auf Auszahlung der Staatsbeihilfe — auch an Forstarbeiter und Beamte — wird gegen Deutschnationalen, Wirtschaftsparteier, Volksparteier, Demokraten, Aufwärtler und KPS angenommen.

Die übrigen kommunistischen Anträge werden sämtlich abgelehnt.

Das Statistisches Staatsforsten wird genehmigt.

Ohne wesentliche Debatte wird darauf das Kapitel „Vormännerverwaltung“ angenommen. Dabei wird ein kommunistischer Entschuldigungsantrag gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, nach welchem die Vormännerverwaltung an eine Siedlungsgemeinschaft Bauholz abgeben sollte. Bei Beratung des Kapitels „Wirtschaftsministerium“ übt der Sozialdemokrat Dobbert scharfe Kritik an zwei reaktionären Beratungen des Wirtschaftsministers. Die eine Verordnung über die Lehrlingsausbeutung Tür und Tor, die andere gestattet das Ausstragen von Rad- und Konditoreiwaren an Sonn- und Festtagen. Dobbert erklärt, daß die SPD-Fraktion gegen das Gehalt des Ministers stimmen wird.

Der Deutschnationalen Berg wendet sich gegen einen Antrag, der das Verbot des Offenhaltens von Eiden an Kehlsonntagen in Pelpitz fordert.

Genosse Dr. Schmiede

steigt, daß der Wirtschaftsminister der herrschenden Wirtschaftspraxis dient, alles was den arbeitenden Schichten und auch den Kleinbauern Vorteile bringen könnte, wird trotz aller schönen Reden von ihm als Instrument der herrschenden Klasse bekämpft. Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Verpachtung der Staatsgüter soll dazu dienen, den Großkapitalisten neue große Vermögen zu sichern. Als Konsequenz an gewisse Schichten des Mittelstandes unterliegen die Minister die systematischen Durchbrechungen der Sonntagsruhe. Wir werden gegen jeden Versuch der Durchbrechung der Sonntagsruhe ankämpfen für die arbeitenden Teile des Mittelstandes, z. B. die kleinen Bauern, bei der Wirtschaftsminister keine fürsorgliche Tätigkeit entfaltet. Die Tendenz der Vernichtung kleiner Handwerker durch das Großkapital tritt immer klarer zutage. Die eiserne Konsequenz der Verhärterung der Klassenverhältnisse ist die Scheidung in zwei Lager — die herrschende der beherrschten Klasse. Die Entscheidung heute, die arbeitende Klasse muß sich deshalb rufen, um sie zu hüten und eine höhere Wirtschaftsordnung an die Stelle der jetzigen anarcho-kapitalistischen setzen (Braut! bei den Kommunisten).

In der Abstimmung wird der Antrag, der die Offenhaltung der Geschäfte an Kehlsonntagen verbietet, angenommen. (Wirtschaftsparteier stimmen mit Bürgerlichen, da erliche leihen, sind sie dennoch in Minderheit. — (Braut! auf der Tribüne.) Alle anderen Minderheitsanträge werden abgelehnt.

Das Statistisches Staatsforsten wird genehmigt.

Ein Kapitel „Statistisches Landesamt“ war beantragt worden, fortan soll die Kirchenaustrittsbewegung in Sachen Statistik zu ermitteln.

Die Bürgerlichen haben darauf beantragt, die Wieder-einstellungsbewegung ebenfalls Statistik zu erfüllen.

Genosse Böcker verlangt mehr Aktualität des Statistisches Landesamtes und scharfe Veröffentlichung der Arbeiten, die heute noch sehr lange auf sich warten lassen. Er unterzieht die Methoden der Entlassung von Ausschussangehörigen beim Landesamt einer scharfen Kritik und verlangt Schutz für die älteren, verheirateten Angestellten, die entlassen worden sind, obwohl eine ganze Anzahl junger Mädchen aus gutverdienenden Familien weiterhin dort arbeitet. (Sört, hört! links.) Auch bei der Bezahlung der Ueberstunden und bei dem Urlaub sind die Angestellten schwer benachteiligt worden. Die Statistik über die Kirchenaustritte hat in der Epoche des reichlichen Kulturkampfes politische Bedeutung. Die Wiedereintritte sollen nur die Kirchenorganisationen selbst registrieren.

In der Abstimmung wird das Kapitel genehmigt. Der bürgerliche Antrag auf Wiedereintrittsstatistik wird mit Hilfe der KPS angenommen.

Abgelehnt wird jedoch, dies nicht auf die Standesämter, Aufstellungen zu beschränken. Der gesamte Antrag auf statistische Erfassung der Kirchenaustritte- und Wiedereintrittsbewegung wird mit Mehrheit angenommen.

Eine Waffe im Kampfe gegen den Imperialismus

H. Bucharia: Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals. Marxistische Bibliothek, Band 2, Verlag für Literatur und Politik, 128 Seiten.

Der Kampf zwischen Imperialismus und Revolution wird mit den Waffen in der Hand ausgetragen. Aber gerade jetzt, inmitten der schändlichen Flutkatastrophen des imperialistischen und des imperialistischen Weltkriege, des imperialistischen Arbeiter und Bauern dürfen wir auf keinen Augenblick vergessen, daß eine revolutionäre Praxis zu dauerhaften Erfolgen nur führen kann, wenn sie auf einer revolutionären Theorie beruht. Diese revolutionäre Theorie des Imperialismus auszubauen, ist heute eine ebenso entscheidende Aufgabe, wie den praktischen Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu organisieren.

Die Abhandlung des Genossen Bucharia „Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals“ gewinnt unter diesen Umständen eine erhöhte Bedeutung. Die Arbeit ist schon im Jahre 1924 in der Zeitschrift „Unter dem Banner des Marxismus“ erschienen, ist aber in Buchform bis jetzt nicht erhältlich gewesen. Sie erscheint jetzt genau, doch immer noch zur rechten Zeit, in einer Form, die ihre Verbreitung unter allen denkenden Kommunisten und marxistisch gekulten Lesern ermöglicht.

Die Grundgedanken werden in der Form einer scharfen Auseinandersetzung mit der bekannten Arbeit Rosa Luxemburgs über „Die Akkumulation des Kapitals“ entwickelt. Den Kernpunkt der Luxemburgschen Auffassung macht der Satz aus, daß der Kapitalismus in seinem Weiterbestehen und in seiner Weiterentwicklung eines abnehmenden Marktes außerhalb der kapitalistischen Welt bedarf. Dieses Feld zur Anlage des inneren Weltkapitalismus angeleiteten Mehrwertes, zur sogenannten Akkumulation des Mehrwertes bieten die Kolonien und überhäupt die vom Kapitalismus noch nicht völlig durchdrungenen Wirtschaftsteile. Daraus ergeben sich, nach der Auffassung Rosa Luxemburgs, mit unangenehmer Notwendigkeit die Schranken des Kapitalismus. Sobald die Welt aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, kann der Kapitalismus sich nicht weiter entwickeln. Dann folgt gleichsam mit Notwendigkeit der Zusammenbruch, der freilich eine ganze geschichtliche Epoche umfassen kann. Der Imperialismus ist der

politische Ausdruck für den Konkurrenzkampf der kapitalistischen Gruppen, um die Rente der noch nicht mit Schlag belegten nichtkapitalistischen Umwelt.

Die Ansichten Rosa Luxemburgs über den inneren Weltkapitalismus auf die theoretisch interessierten Genossen einen nachhaltigen Eindruck aus. Bis zum Jahre 1923 galt die Akkumulationstheorie Luxemburgs für viele als die Grundlage unserer Stellungnahme zum Imperialismus. Freilich wird dieser Eindruck dadurch, daß das Buch Rosa Luxemburgs überhaupt den einzigen Verlust darstellte, das Verhältnis zwischen sozialistischer und nichtkapitalistischer Welt zu unterlegen und daß Rosa Luxemburgs jedem denkenden theoretisch gekulten Genossen eine unangenehme Rente von Anregungen bot.

In diesen Anregungen besteht die politische Wirkung des Einflusses, den die Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs ausgeübt hat. Andererseits hat der Umstand, daß die Genossen dabei immer und ohne an der mechanischen Zusammenbruchstheorie Luxemburgs harrten, sich in immerwährenden theoretischen und praktischen Streitigkeiten geführt. Die lange Zeit hindurch unsere Arbeiten gekennzeichnen. Es ergab sich eine Einseitigkeit und Eindringlichkeit des Weltbildes von der imperialistischen Entwicklung, eine Katastrophentheorie des Kapitalismus, die auf die deutschen Verhältnisse (z. B. in Thälheimers Programm) ebenfalls in harter und falscher Form angewendet wurde. Statt einer allseitigen Erfassung der kapitalistischen Krise in ihrer konkretesten Wirklichkeit, diskutierten man über die abstrakte Frage, ob in Deutschland noch eine Akkumulation oder eine „Deakkumulation“ vor sich geht.

Die Kritik des Genossen Bucharia im engeren Anblich an Lenins Theorie des Imperialismus an den Ansichten Rosa Luxemburgs ausübt in auch als Kritik noch recht aktuell. Erstens finden wir noch Nachwirkungen der Einseitigkeit der Luxemburgschen Zusammenbruchstheorie in den Auffassungen einzelner Genossen. Zweitens wurde die Luxemburgsche Erklärung des Imperialismus in jüngerer Zeit von Art Schulerberg in weniger überzeugender Weise erneuert und als die Lösung aller ökonomischen und politischen Weltfragen betrachtet. Die „linke“ SPD-Pressen bringt diese Rosa-Luxemburgianismus aufreißende Kampfbilder entgegen. Mit ihrem Inhalt hat die Leipziger Arbeiterzeitung kritisiert, daß die Argumentation Luxemburgs geeignet ist, eine kleinrevolutionäre Haltung zu rechtfertigen. Zweifellos ist es nicht die Arbeit Rosa Luxemburgs, den Opportu-

manche folgen die zweiten Beratungen der Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Aufhebung der ministeriellen Verordnung, die vermehrte Ausbildung von Lehrlingen im Fleischergewerbe ermöglicht. Diese Verordnung bringt vermehrte Ausbeutung von Lehrlingen und Hinanspruch älterer Fleischergewerbeten mit sich, da die Lehrlinge für ein paar Pfennige arbeiten müssen.

Der Rechtsausschuss hat diesen Antrag mit Mehrheit angenommen.

Genosse Renner weist die deutschnationalen Behauptung zurück, daß die kleinen Handwerker durch den Antrag geschädigt würden. Es sei durchaus zweckmäßig, daß im Falle der Beschäftigung von mehr Lehrlingen auch mehr geschulte Kräfte einstellt werden müßten. Im Interesse der Eltern und Kinder muß man ein Ueberhandnehmen der Lehrlingeinstellungen bekämpfen (Rundsch. Wir meinen es gut mit den Eltern!) Bei diesem Ausspruch läßt nicht nur die Linke und die Tribüne, sondern auch — Herr Kungsh leib!

Der Antrag des Rechtsausschusses wird mit Mehrheit angenommen (Braut! links).

Die Auswirkung des Kinderzuchtgesetzes

hat die kommunistische Fraktion beantragt, einen Antrag einzubringen, der von der Regierung eine Vorlage fordert, in der das Kinderzuchtgesetz aufgehoben und die zur anderweitigen Regelung des Körperchen von 1923 wieder in Kraft geleitet wird.

Genosse Renner

begründet eingehend diesen Antrag. Der Kampf um das Kinderzuchtgesetz hat die Bauernschaft mobilisiert. Wir Kommunisten stellen fest, daß die deutschnationalen Großgrundbesitzer im Landesparlament diesem Gesetz zugestimmt haben. Erst als die Bauernorganisationen, wie der „Bund schaffender Landwirte“ die Gefahren für die Kleinbauern aufzeigten, haben die Deutschnationalen die Argumente aufgegriffen. Der erste Antrag auf Aufhebung dieses Gesetzes wurde von den Kommunisten gestellt, die sich von den Kleinbauern überzeugen ließen, daß die Zwangsmaßnahmen, die das Gesetz mit sich bringt, sich gegen die kleinen Bauern auswirken müssen. Die Deutschnationalen verstanden jedoch nur kleine Vergünstigungen durchzuführen, um die Bauern zu beruhigen, während die Kommunisten den Kampf gegen das gesamte Gesetz führten. Die Struktur der bäuerlichen Landwirtschaft zeigt, daß die Nutzfläche dieses Gesetzes nicht die Hälfte bis 10 Hektar Land, die allein über 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Begehungen ausmachen, sein können. Nur eine kleine Gruppe von Großgrundbesitzern hat Nutzen von diesem Gesetz. Eine Hochzuchtung ist nur dann ohne Brutalität gegen die Kleinbauern möglich, wenn eine außerordentlich starke Unterstützung gewährt würde und wenn Zwangsmaßnahmen fortfielen. Deshalb haben wir Kommunisten, als wir dies erkannten, die Forderung der Kleinbauern aufgenommen und die Aufhebung verlangt.

Der Wirtschaftsminister erklärt, sichtlich unter dem Druck der Ausführungen, daß er zwar glaube, daß das Gesetz wertvolle Möglichkeiten gebe, er müsse aber sagen, daß es besser sei, zufriedene Bauern als bedrückte Vieh zu haben. Er kündigt eine Regierungserklärung an, nach der gewisse Milderungen eintreten sollen. Diese Verordnung soll „Ruhe unter der Bauernschaft schaffen“.

Nach längerer Debatte werden die Aufhebungsanträge und einige andere, die landwirtschaftliche Fragen behandeln, dem unabhängigen Ausschuss überwiesen.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, vormittags 11 Uhr statt. Die außerordentlich reichhaltige Tagesordnung enthält auch die Anträge zu den Mieter- und Wohnungsfragen.

Vom Tode

Von seinen Söhnen erschlagen. Köln. Gestern abend stellten sich zwei junge Leute der Polizei mit der Beichtigung, ihren jährigen Vater im Streit erschlagen zu haben. Die Polizei nahm die beiden Söhne vorläufig in Haft. Der Vater liegt in lebensgefährlichem Zustande im Krankenhaus.

Wegen Mordverdachts verhaftet. Ein Duisburger Geschäftsführer meldete heute der Polizei, daß sich seine Frau im Walde erschossen habe. Das Mädchen wurde auch dort bestattungsfrei aufgefunden. Es starb im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Geschäftsführer wurde wegen Mordverdachts verhaftet, da die Witwe, mit der sich das Mädchen erschossen hat, sein Eigentum gewesen war.

Doppelmord. Gladbeck. Ein 17-jähriger elternloser Bergmann unterhielt seit längerer Zeit ein Verhältnis mit einem 16-jährigen Mädchen. Da die Eltern des Mädchens das Verhältnis nicht dulden wollten, hat sich das Liebespaar von einem Zuge überfahren lassen. Beide wurden getötet.

Schwere Mordthat bei einer Kindtaufe. Bei einer Kindtaufe in Buer-Erle entlief unter den Gästen ein Streit darüber, wem das Kind ähnlich sehe. Es entwickelte sich eine Mordthat bei der 4 Teilnehmer zum Teil schwer verletzt wurden.



SLUB

Wir führen Wissen.



11. Mai: 1925: Einzug Hindenburgs in Berlin, Große Gegendemonstration der SPD. — 1919: Militärische Behebung Weipzigs unter General Maerker. — 1882: Pogrom in Kaza (Sibirien). — 1849: Soldatenaufstand in Koblentz (Baden).

Stengel & Co.

Reichsverfassung Artikel 157: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reiches.“

Von diesem schönen Satz scheint man, wie in vielen anderen Großbetrieben, auch bei der Fa. Stengel u. Co. in Dresden-Strieschen keine Ahnung zu haben! Wie man mit den Arbeiterinnen und Arbeitern umspringt, zeigen folgende Tatsachen:

Am Freitag, dem 29. April, erhielten zwei Arbeiterinnen Haase und Neu folgendes Schreiben von der Betriebsleitung zugestellt:

„Hiermit kündigen wir Ihnen Ihre Stellung in unserem Hause für den 12. 5. 27, da wir mit Ihren Leistungen nicht zufrieden sind.“

Wir raten den beiden entlassenen Arbeiterinnen, sich auf den obigen Artikel der Reichsverfassung berufend, hilfesuchend an das Gewerbegericht zu wenden! Klusionen dürfen sie sich allerdings keine machen, denn nur schlagkräftige revolutionäre Berufsorganisationen werden imstande sein, diesen Frechheit der Unternehmer zu begegnen und — zum Gegenschlag auszuholen!

Ein ähnlicher Fall! Zwei Arbeiter Windler und Kießling erhalten am 23. April ähnliche Schreiben zugestellt. Und der Anlaß? Der Betriebsleiter Stramer fordert eines Tages von den beiden Arbeitern Ueberstunden. Beide haben an dem Tage Willens für das Theater gelöst, es ist ihnen unmöglich, die Ueberstunden zu leisten. Trotz dieses Grundes, den sie dem Herrn Stramer gegenüber anführen und der unterer Ansicht Geltung hat, bekommen beide am 6. 5. folgendes Schreiben:

„Hiermit kündigen wir Ihnen Ihre Stellung in unserem Hause für den 6. Mai, da Ihre Anwesenheit beendet ist.“

Wir raten dem Herrn Betriebsleiter, sich mal ein halbes Jahr unter ähnlichen Arbeitsbedingungen an die Plätze der zur Entlassung kommenden Arbeiterinnen und Arbeiter zu stellen und dann zu urteilen, wie lange man arbeiten kann und wieviel man arbeitet! Qualität und Quantität stehen nie bei einander!

Beide Vorfälle zeigen jedem denkenden Arbeiter, wie weit es in der deutschen Geldad-Republik gekommen ist. Brutale Unternehmerwillkür schmeißt einfach diejenigen, die gegen das Antreiberbestem vorgehen, die sich dagegen wehren, zur Maschine gemacht zu werden, auf die Straße! Arbeiterinnen, Arbeiter der Fa. Stengel, zeigt den Schweigebüchsen, daß ihr gewillt seid, gegen diese Maßnahmen zusammenzutreten!

Zwingt eure Gewerkschaftsführer gegen diese Unternehmerrmethoden Stellung zu nehmen! Unterstützt uns in unserem Kampfe gegen den Kapitalismus und teilt euch in unsere rote Klassenfront als tätige Kämpfer ein. (Juguarbeiterkorrespondenz.)

Die sozialistischen Studenten protestieren gegen die Ausweisung des Genossen Goermus

Das Kulturattentat des altsozialistischen Polizeipräsidenten gegen die russische Kunst, die Ausweisung des roten Geigers Goermus hat die Empörung breiterer Schichten hervorgerufen. Wir veröffentlichten bereits eine Anzahl Protestschreiben verschiedener Organisationen. Nunmehr wird uns mitgeteilt, daß der Sozialistische Studentenbund, Dresden, ein Telegramm folgenden Inhalts an das Polizeipräsidentium gelangt hat:

„Protestieren entrüstet gegen ungerechtfertigte Ausweisung Goermus. Fordern Rückziehung Ausweisungsbefehl. Sozialistischer Studentenbund.“

Dieselbe Organisation hat auch zu der geplanten Ermordung der beiden italienischen Genossen Sacco und Panzetti durch die amerikanische Klassenjustiz Stellung genommen und übermittelte der Botchaft der USA folgendes Telegramm:

„Protestieren entrüstet gegen unerhörten Justizmord amerikanischer Klassengerichte an Sacco und Panzetti. Fordern Freilassung. Sozialistischer Studentenbund Dresden.“

Ein Protestschreiben gegen die Ausweisung Goermus sandten die „Freien Sänger“, Seiffenrersdorf. Sie kennzeichnen die rigorose Maßnahme der Polizei als einen unerhörten Eingriff in die kulturellen Bestrebungen des Proletariats und verlangen sofortige Zurücknahme der Ausweisung. Wir fordern hierdurch alle proletarischen und freiheitlichen Organisationen auf, sich diesem Vorgehen anzuschließen und die Zurücknahme der Ausweisung zu erzwingen.

Unter Verdacht wurde ein Arbeiter in der Münzgasse verhaftet, der Montag früh in angetrunkenem Zustande seine Frau ermordet haben soll. Der Verhaftete gibt an, in betrunkenem Zustande mit seiner Frau in die gemeinsame Wohnung gelangt zu sein und sich schlafen gelegt zu haben. Die Hausbewohner jedoch fanden die Frau bestunntlos auf der Treppe und brachten sie in die Wohnung. Am Morgen fand der Chemann sie tot im Bett. Er meldete den Vorfall der Behörde, die ihn auf Ansuchen der Bewohner hin, die mehrere dumpfe Schläge nachts gehört zu haben glauben, verhaftete. Vorläufig ist der ganze Tatbestand mehr als dunkel.

Der Prozeß Kaufmann (Konkursbetrug) beginnt morgen vormittag 9 Uhr vor dem Gemeinsamen Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors D. Rouz. Die Staatsanwälte Hartmann und Dr. Stefan vertreten die Anklage, während Rechtsanwalt Dr. Reichshauer die Verteidigung führt. Den ersten Tag soll die Vernehmung Kaufmanns ausfallen, während am zweiten Tage die Zeugenernehmung den Sachverhalt klären soll. Da jedoch der Richter Herr Schöne, der das Material durchgearbeitet, verstorben ist, liegt eine Verschiebung des Termins im Bereiche der Möglichkeit.

Eine rabiate Verhaftung hatte am Montagabend einen Aufbruch in der Seestraße zur Folge. Als ein angetrunkenes Verhaftungsagent weds Kameradschaft von der Polizei zur Wache gebracht werden sollte und sich dabei wehrte, wandten die Polizeibeamten so brutal ihre „Spezialgriffe“ an, daß das Publikum gegen sie Partei nahm. Schließlich zerstreute ein Ueberfallkommando die Menge.

Beim Baden in der Elbe ertrank ist am Montag der 21 Jahre alte Schloßer Fritz Wehner.

Stahlhelmtag in der Dresdner Heide

Ein SPD-Arbeiter durch einen Messerstich verletzt.

Während am 8. Mai in Berlin die Stahlhelmlente eine fürchterliche Pleite erlitten, zogen es die zurückgebliebenen Faschisten aus dem Strieleser Viertel vor, eine Geländeübung in der Dresdner Heide anzusehen. Jeder Spaziergänger, der sich nur erlaubte, stehen zu bleiben, wurde von diesen Burden beschimpft und mit Tütschkeiten bedroht, so daß sogar die „gestützten Bürger“ erklärten: „In die Heide kann man nicht eher gehen, bis dieses Gefindel verschwunden ist.“

Um die Nachmittagsstunden wurde die Lage bedrohlicher. Als sechs Arbeiter ihren Sonntagspaziergang durch die Heide unternahmen, wurden sie ebenfalls durch das Lärmen der Faschisten aufmerksam und betrachteten von der Ferne ihre Uebungen. Während der Uebungen erlaubte sich ein SPD-Arbeiter die Bemerkung: „Der reine Kaiserhofhofen und es klappt auch nicht.“

Die „Helden von Striesen“ bemerkten dies Gespräch und sofort ertönte das Kommando: „In Reihen gesetzt rechts um“. Beim Einweichen in Gruppen zu vieren, kamen die Faschisten in die Nähe der sechs Arbeiter; worauf die Worte fielen: „Du roter Hund, wenn du die Schnauze nicht hältst, dann schlagen wir dich tot.“ Als der sozialdemokratische Arbeiter darauf antworten wollte,

fielen etwa 70 Faschisten über ihn her und verprügelten ihn bestialisch.

raubten ihm sein SPD-Abzeichen sowie das Abzeichen des Radfahrerbundes. Die Frau des SPD-Genossen sowie einige andere Arbeiter, die sich um den Verletzten bemühten, wurden beiseite gestoßen. Bei diesem Gedränge erhielt ein anderer Arbeiter einen Messerstich in den Oberarm. Den durch die Stichwunde kampfunfähig gemachten Arbeiter versuchte man dann in die Brücknäh zu werfen, was jedoch verhindert wurde.

Schwerer Straßenbahnunfall. Gestern nachmittag geriet ein junger Radfahrer auf der Wilmberg Straße zwischen ein Auto und einen Straßenbahnwagen der Linie 19. Er kam so unglücklich zu Fall, daß ihm der linke Fuß oberhalb des Knöchels abgehauen wurde. Dem Führer trifft keine Schuld.

Küchleer Dresdner Kinder. Die vom Jugendamt zur Erhaltung untergebrachten Kinder treffen ein: aus Nordhorn am 13. Mai, früh 3,15 Uhr, aus Niederdeutsch am 12. Mai, abends 7,07 Uhr. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zu den genannten Zeiten auf dem Dresdner Hauptbahnhof abzuholen.

Ein Unterhaltungsabend der Cottauer Arbeiterkameraden findet am Sonntag, dem 14. Mai, abends 7 Uhr im Schützenhaus statt. Ein gutgewähltes Programm verspricht alle zu befriedigen. Alle Freunde der Arbeiterkameradewegung sind herzlich eingeladen.

Dresdner Volkshochschule. Im Schauspielhaus sind am Sonntag, den 15. Mai 1927, nicht die bekanntgemachten, sondern folgende Nummern aufgeführt: 667—766 und 1259—1183.

Volkshochschule. Der zweite neue Volkstanzkurs für Anfänger unter Leitung von Gernot Kießling findet am Freitag, den 13. Mai, abends 6—7 Uhr in der Turnhalle der 24. Volkshochschule, Ballwitzstraße 20, statt. Teilnehmer hierzu werden noch aufgenommen. Meldung zur ersten Kursstunde

Aus Ostschlesien

Bürgerblock hat Vorkurs

Wien. (Stadtverordnetenversammlung vom 7. Mai.) Die letzte Sitzung zeigte die völlige Herstellung der Einheitsfront der SPD und des Bürgerblocks. Der hauptsächlichste Aufwand an Zeit wurden mit dem zur Beratung stehenden Haushaltsplan verwendet. Zum Reichstagsdienstag in Görlitz wurde u. a. auch unser Genosse Uhlmann gewählt. Zum Kapitel Wohnungserstellung aus Mitteln der Reichsversicherungsanstalt brachte unsere Fraktion einen Antrag ein:

„Die Mieten in den häßlichen Häusern werden nach den Gehaltskosten errechnet. Als Ausgleich für soziale Härten gewährt die Stadt Zuschüsse in der Höhe, daß die Miete nicht mehr als ein Sechstel des Einkommens ausmacht. Für Kinderreiche ermäßigt sich die Miete um weitere 10 Prozent.“

Dieser Antrag, der besonders die SPD in Wien befriedigt, wird in Zukunft die Härten gegenüber der Arbeiterklasse mildern. Die SPD behauptete, der Antrag sei geeignet, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen.

Die Genossen Uhlmann, Kadet und Schmitz machten den „Kritiker“ den Standpunkt klar. Heute werden die Wohnungsmieten nach Schema F festgesetzt, zum Teil werden die Mieten so festgesetzt, daß sie Arbeiter nicht erdrücken können, andererseits bewirkt eine Festlegung der ortsüblichen Mieten, daß höherbezahlte Beamte noch ein Geschäft dabei machen mit ihrem Wohnungsgeld. Der Antrag wurde dem Bau- und Wirtschaftsausschuß überwiesen. Zum Haushaltsplan sprach Gen. Schmitz: „Das Rechnungswesen, das hier zusammengestellt wurde, ist die Bilanz einer kapitalistischen Gesellschaft. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß er die Belange der Bescheidenen und nicht die der Reichlichen wahrnimmt. Wir werden gegen die höheren Schulen als die Brutstätte der Reaktion, sowie gegen das Kapitel Polizei stimmen, und demzufolge, weil beide Kapitel mit dem Gesamtwerk verbunden, auch gegen den ganzen Plan stimmen.“

Die Ausführungen riefen den Herrn Reich aus Rednerforum und er erklärte: „Grundzüge? Grundzüge haben wir schon lange über den Haufen geworfen, nicht bloß die Bewilligung des Haushaltsplans, auch bei indirekten Steuern. Der Haushaltsplan befriedigt zwar nicht alle, aber er ist besser als der vorherige.“ (Der Polizeiaufwand ist tatsächlich viel „besser“ als im Vorjahre!)

Herr Heinrich (Dem.) will dem Haushaltsplan einen besseren Inhalt in Zukunft verschaffen, wenn die Stadtgüter Bonnewitz und Kottwenderhof verpachtet werden, evtl. auch Land verkauft wird, damit Geld in die Hände der Stadt kommt? Er will selbst auf die Gefahr, als „Wohlfahrtsapostel“ in Verfall zu kommen, weitgehendste Verlorgerung der Opfer des Krieges.

Herr Oberbürgermeister glaubt feststellen zu müssen, daß die Ausführungen unseres Genossen Schmitz den Handlungen eines Vogels, „der sein eigenes Nest verläßt“, gleichkommen. Ob er bei dieser Gelegenheit an Herrn Pähler und seine vielen Schläpchen gedacht hat? Oder waren die zur Restaurierung des guten Rufes?

Im großen und ganzen war außer den Anträgen der SPD, die Forderungen der Positionen im Arbeiterinteresse durchzusetzen versuchte, nichts, was die Einheit bis zum durchgegangenen Tisch gestört hätte.

Interessantes aus Rönitzsch

Vor einigen Tagen hielt der Stahlhelm auf der Ebene eine Versammlung ab, um sich schlüssig zu werden, ob man in Berlin am 8. Mai auch mit dabei sein wolle. — Uns Kommunisten lagte man nachden, man würde uns die Köpfe blutig schlagen, sobald wir uns mit dem Stahlhelm beschäftigen würden. Sie sollen es riskieren! Die einst so starke Stahlhelmgruppe

Zwischen war das Ueberfallkommando herbeigeeilt, daß bei den Faschisten einige Feststellungen machte und den Verletzten in ein Krankenhaus schaffte.

Soweit der Tatbestand. Die gesamte bürgerliche Presse versucht diesen Fall als äußerst harmlos hinzustellen und hebt wie immer bei solchen Angelegenheiten auf die Kommunisten. Hier waren es nun einmal sozialdemokratische Arbeiter, die auf einem Spaziergang von den Faschisten überfallen wurden. Wenn wir geteilt in der Arbeiterstimme schreiben: „Die Arbeiter dürfen sich durch die Pleite in Berlin über den Ernst der Bewegung nicht hinwegtäuschen“, so erhalten wir durch das Vorgehen der Strieleser Faschisten in der Dresdner Heide, einen Beweis dafür, wie richtig diese Mahnung ist. Verhärterter Kampf gegen die Bürgerblockregierung, deren Schutztruppe der Stahlhelm darstellt, ist die nächste vor uns stehende Aufgabe. Diesen Kampf ernsthaft vorzubereiten und ihn siegreich durchzuführen, sollte auch die Aufgabe aller sozialdemokratischen Arbeiter sein. Wie in Berlin werden auch hier die Kommunisten alle Kraft einlegen, um diesen Kampf zu führen und siegreich zu beenden. Vorbedingung ist und bleibt jedoch:

Geschlossenheit der Arbeiterschaft.

Die Meldungen der bürgerlichen Presse über die „kommunistischen Ueberfälle“ finden gerade in diesen Tagen eine recht treffende Illustration. Die werktätige Bevölkerung hat es jedoch satt, sich ohne Gegenwehr den Bürgerblock-Gardisten auszuliefern. Wenn in einem solchen Falle die Faschisten dann die entsprechende Quittung angestellt erhalten, findet sich das ganze Bürgerpad von den Schwarz-Rot-Gelben bis zu den Schwarz-Weiß-Roten, um gegen die „Roten“ zu hegen. Diese Manöver aber werden die Arbeiter nicht daran hindern, in einheitlicher Front den Kampf gegen den legalen Faschismus zu führen.

ist heute ebenso, wie der Jungdo, so zusammengeschlossen, zum Teil verschunden, nachdem die gestifteten Hinterlistigen abgetragen sind, daß es beinahe überflüssig ist, sich mit den bedeutenden Männern zu beschäftigen, wenn sie nicht einen heftigen Verlust erlitten — ihren schandigen Führer vom Areal der Herr von Einiedel, eingebüßt hätten. Beim Eintreffen der Militärkommission aus Dresden sah man ihn so oft mit seiner Truppe an der Elbe stehen, er mit dem „Klempnerladen“ in der Brust das Kommando schmetternd: „Halt acht — rechts — schau!“ Ja, man hörte so vieles vom österreichischen Kaiser v. Einiedel, von den 13 Ansehungen und was man noch nicht weiß? — Der Stahlhelm war neugierig und forschte nach dem der Befehlsgebung, Ordensverleihung usw. Herr v. Einiedel erwiderte prompt mit dem — „Ausrüst!“ So laut der Kaiser dabin und wir waren Zeuge, wie ein weiteres Mitglied der öffentlichen Volk! kein Mitgliedsbuch zerlegte und sagte: „Hans dieser Gesellschaft kann ich nicht mehr länger drehen!“ Das war der Stahlhelmmann Knie, dem man dann nachsagte, er sei die Mitglied gewesen. Der Bierleger Herr v. Einiedel war 1924 noch eifrig bemüht, gegen Kommunisten wegen ihrer Gefährdung auszuweisen und sie aus der Stellung zu bringen, weil sie radikal gemeint wären. Dabei war ihm der Jahrgangshändler Emil Günther behilflich, und heute?

Die heutige Arbeiterschaft weiß beide Herren einzuschätzen, die sich als Gegner unserer Partei aufspielten. Wir freuen uns, daß auch die Spielbürger-Schlingel die Herrn v. Einiedel dem nächsten Auszug nicht dabei haben wird, er wird durch Abweisung glänzen, genau so, wie in Berlin am 8. Mai! Demgegenüber wird sich die Arbeiterschaft zusammenschließen, im Kampf Frontkämpferbund aufmarschieren den Stahlhelmmännern auszuweisen usw. zum Trotz! Und wer uns angreift, die Köpfe blutig schlagen will, dem bleiben wir die Antwort nicht schuldig — niemals!

Sportliches aus Freiberg

In Freiberg, wo am 1. Mai die SPD ihre 200 Spaziergänger in 1000 Demonstranten umlag, haben sich an diesem Tag nach weitere interessante Begebenheiten zugetragen. Auf dem Kaiserhof der Reichswehr fand ein Fußballwettkampf zwischen Freiburger Sportklub, zu 90 Prozent aus Reichswehr bestehend, und Strieleser Sportklub statt, der so interessant war, daß sogar noch vor Beendigung desselben die Reichswehrmänner bewilligt die Zuschauer vom Schauplatz vertrieben. Die Zuschauer hatten zwar die Eintrittsgeld bezahlt, aber sich dann erlaubt, den über alle Maßen roh spielenden Fußballmannschaften ihre Mißbilligung durch Jurafe auszudrücken. Da dadurch der Staat gefährdet schien, wurde die Reichswehrmänner geholt, die mit Gewehr bewaffnet die mißliebigen Kritiker davonjagte. Die gezahlten Eintrittsgeld behielt man selbstverständlich. So heißt bürgerlicher Sport aus, Arbeiter befinden sich selber auch nicht dort.

Reibersdorf. (Mittell.) Am Sonntag nachmittag erlitt der auf dem Reibersdorfer Hofe beschäftigte Knäcker Karl Schwinge einen schweren Unfall. Er wollte mit dem Rebe nach dem Hofe fahren, um die Pferde zu füttern. Als er aber in der Landstraße einbog, wurde er von einem entgegenkommenden Auto erfasst und 5 Meter weit geschleudert. Bewußtlos und mit einigen Knochenbrüchen mußte er fortgetragen werden. — Die Dorfstraße ist durch den starken Autoverkehr direkt gefährlich. Die Einwohner müssen dafür sorgen, daß die Autos nur in vernünftigem Tempo durch das Dorf fahren dürfen.

Achtung! Kolporteurs!

Eine Reihe von Kolporteurs hat noch immer nicht die erste Hälfte der Quartierungen abgerechnet. Der Betrag ist bereits überfällig. Wir erlauben nochmals um pünktliche Abrechnung, um unsere laufenden Verpflichtungen erfüllen zu können.

Der Verlag.

Rundfunk

Donnerstag, den 12. Mai:

- 16,30—18 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. Dirigent: Gustav Agnate.
- 18,05—18,20 Uhr: Aufwertungsrundfunk.
- 18,20—18,30 Uhr: Steuerrundfunk.
- 18,30—18,35 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. von Erlenen und C. M. Affler: Spanisch für Fortgeschrittene.
- 19—19,30 Uhr: Anlässlich der Jugendwandertagung: Musikriental Dr. Maier-Dresden, 1. Vorsitzender des Gauverbandes für Deutsche Jugendherbergen: „Der Geist der deutschen Jugendbewegung.“
- 19,30—20 Uhr: Schulrat Dr. Rütten-Gesfurt: „Die Tugenden der Volkskinder.“
- 20 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 20,15 Uhr: Ein Frühlingsfest im Kleinen.
- 22 Uhr: Kunstspranger.
- Etwa 22,10 Uhr: Preisbericht und Sportklub.
- 22,30 Uhr: Kunstklub.

Wetterdienst für den 11. und 12. Mai. Wechselnd bewölkt, nur örtlich anfangs noch geringe Schauer. Flachland: nachts örtlicher Strahlungsfrost. Gebirge fast. Formig: nördliche Winde mäßiger Stärke.

Die „A-I-Z“ heute neu!

Entwicklung besteht die zureichendste Lösung des Problems des Nebeneinanderlebens einer großen sozialistischen Wirtschaft und kleiner Privatbetriebsformen. Die landwirtschaftliche Produktion, die im Jahre 1913 1170 Millionen Rubel und 1925-26 11300 Millionen Rubel betrug, übersteigt dieses Jahr mit etwa 11900 Millionen das Friedensniveau. Eine noch raschere Agrarentwicklung verhindern die relativ hohen Industriepreise. Die Preislenkung, die durch Staat und Genossenschaften systematisch betrieben wurde, war möglich infolge der Vergrößerung der Industrieproduktion und der Verbesserung der Produktionsorganisation. Die erhöhten Industrielöhne und die Steigerung des Angebots an Industriewaren steigern die landwirtschaftliche Produktion. Die Kreditmöglichkeiten an die Landwirtschaft sind noch beschränkt. Deswegen kommt die überzählige, unbefähigte Landbevölkerung in die Städte und findet dort keine Beschäftigung, weil die Aufnahmefähigkeit der Betriebe beschränkt ist. Die Zahl der beschäftigten Industriearbeiter ist von Juni 1924 bis Juni 1925 um 200 000 gewachsen. Die Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion durch die überzählige Landbevölkerung ist grundverschieden von der Arbeitslosigkeit in Westeuropa. In den westlichen Ländern beruht die Arbeitslosigkeit auf der Nichtausnutzung des Produktionsapparates, während sie in der Sowjetunion vorwiegend durch die feindliche Politik gewisser Industrieländer verursacht ist. Trotzdem steht die Landwirtschaft vor einer großen Entwicklung und Hebung der Produktivität. Die Sowjetpolitik stützt sich auf dem Lande vorwiegend auf die mittleren und kleinen Besitzer, wobei sie die genossenschaftlichen Formen des Absatzes unterstützt.

Die Sowjetunion ist an der Entwicklung des Außenhandels interessiert zur Hebung ihrer eigenen Wirtschaft. Obwohl der gegenwärtige Außenhandel nur 40 Prozent der Vorkriegszeit ausmacht, hängt diese Einschränkung doch nicht mit der sozialistischen Organisation zusammen. Das Jarenregime erwartete auf Kosten der Werktätigen, während das Sowjetregime den inneren Konsum hebt und durch Hebung der Produktion einen größeren Export ohne Hungerleiden im Inlande vorbereitet. Wenn die nächste Ernte gut sein wird,

soll der Getreideexport gehoben werden, nachdem der Innandbedarf und die Reserven gedeckt sind. Keineswegs ist das Außenhandelsmonopol an dem geringen Außenhandel schuld, und deshalb erreicht der Kampf gegen das Außenhandelsmonopol nur das Gegenteil des Gewünschten, nämlich Verkleinerung des Außenhandels durch Schwierigkeiten aller Art. Auf Grund von Vereinbarungen kann die Sowjetunion zu einem Abzweigmarkt und Exportmarkt werden. Die Industrialisierung der Sowjetunion schließt den Export nach den Industrieländern nicht aus, im Gegenteil, sie erfordert die Einfuhr von Produktionsmitteln. Die Herstellung normaler Kreditbeziehungen kann die Ausfuhr nach der Sowjetunion kurzerhand heben und den Sowjetexport vergrößern. Die Sowjetunion könnte aber wohlgerne auch ohne intensive Beziehungen mit der Kapitalistenwelt bei langamer Akkumulation mit eigenen Mitteln sich entwickeln. Das politisch-wirtschaftliche System der Sowjetunion und dasjenige der kapitalistischen Länder sind grundverschieden. Aber eine Zusammenarbeit ist möglich, auch durch Konzessionspolitik und technisch-intellektuelle Zusammenarbeit. Dadurch meßen sich beide Systeme friedlich, wobei die Sowjetunion überlegen ist von der Überlegenheit des sozialistischen Systems infolge der Ausschaltung der kapitalistischen Widersprüche, der Nationalität und der Ausschaltung der feindlichen Interessengegenstände. Wenn gegen die Sowjetunion Kriegsdrohungen erhoben werden, vermindert das nicht die Bedeutung der Erfolge der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion. Die Sowjetunion betrachtet die Aufhebung des roten Imperialismus mit Ironie, weil sie tatsächlich den Weltfrieden über alles stellt und ein friedliches Nebeneinanderleben beider Systeme anstrebt. Nach gewisser Zeit wird das Nebeneinanderleben beweisen, daß das sozialistische System die wirtschaftlichen Widersprüche völlig ausschaltet und die Entwicklung der Produktivkräfte fördert. Die Tatsache dieser Konferenz beweist die Notwendigkeit, nach einem besseren System als das kapitalistische zu suchen. Die Konferenz könnte durch die Befestigung der Beziehungen der Kapitalistenwelt zur Sowjetunion zur Sicherung des Friedens beitragen.

wirtschaftlichen und politischen Weltfrieden gegen die Sowjetunion und Schließung der Beziehungen durch a) Kredite für die Sowjetunion, b) Konzessionen, c) technische Zusammenarbeit, d) Aufhebung der Anklagen gegen Institutionen der sozialistischen Wirtschaft, insbesondere das Außenhandelsmonopol; II. Vollkommenen Abklärung zu Lande, zur See und zur Luft bei Kontrolle der Arbeiterorganisationen über die Verwendung der Militärstützungseinrichtungen. Die Sowjetunion hält den Weltfrieden für unerlässlich und vertritt das kapitalistische imperialistische System, das Kriege herbeiführt. Die öffentliche Meinung der Sowjetunion unterstützt jede wirkliche Aktion für den Frieden und ist, um den Arbeitermassen die Kriege,



Loucheur (oben), Thunis, Vorsitzender der Weltwirtschaftskonferenz (Mitte), Jouhaux (unten)

Rede des Genossen Ossinski

In der Nachmittags Sitzung sprach der ehemalige Volkskommissar für Landwirtschaft, Genosse Ossinski, ebenfalls in französischer Sprache. Er führte u. a. aus: „Browder's Buchtitel 'Das System wirtschaftlicher Widersprüche oder Philosophie des Glücks' paßt für unsere Epoche. Das heutige Wirtschaftssystem ist ein System der Widersprüche, und die Sozialphilosophie für viele eine Philosophie des Glücks. Die grundlegenden Widersprüche sollen gelöst werden. Wäre eine Vergleichstabelle der Verhältnisse aller Länder vom Sieger USA bis zu den Kolonien vorhanden, so hätten wir ein Bild der größten Ungleichheit. Die Ungleichheit bestand bereits vor dem Kriege, sie wurde jedoch durch ihn verstärkt und hat gleichzeitig die rückständigen Länder geweckt. So ist beispielsweise der Nationalreichtum der USA pro Kopf vierzehnfach, insgesamt zwanzigmal größer als der Indiens. Der amerikanische Tagelöhner verdient 60 bis 90 Dollar im Monat, während der chinesische drei bis vier Dollar verdient. Wird in Europa vom Arbeiter wenigstens gesprochen, so arbeitet der Chineser 12 bis 17 Stunden ohne Sonntagsruhe. Das wirkt sich natürlich in Hankau und Schanghai aus.“

Der allgemeinste Widerspruch ist derjenige zwischen der Produktionskapazität und der Kaufkraft, woraus sich die Unmöglichkeit ergibt, den Produktionsapparat voll auszunutzen. Sogar in den USA liegen 25 Prozent des Produktionsapparates in der Maschinenindustrie brach. In England wurden 41 Prozent des Produktionsapparates in der Metallindustrie und 45 Prozent in der Textilindustrie stillgelegt. In Polen ist es noch schlimmer. Die Ursachen dafür liegen in der schwachen Kaufkraft der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, dem reinen ganzen Staates, der Boykott- und Antikolonialpolitik gegen die Sowjetunion und China. Dazu kommen noch die Reparationslasten.

Zweitens ist der Gegensatz in der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse einerseits und der kapitalistischen Unternehmern andererseits vergrößert. Gegen die Behauptung, daß in den USA alle Arbeiter Kapitalisten geworden sind, steht die Tatsache, daß 75 Prozent aller Aktien sich in den Händen von vier Prozent der Aktionäre befinden. Im Jahre 1924 sind nur vier Prozent der Dividenden Arbeiteraktionären zugeflossen. Ebenso illusorisch ist der Hinweis auf die Arbeiterbanken, deren Kapitalien nur zwei pro Tausend der Bankkapitalien der USA ausmachen. Obwohl die Löhne in Amerika um ein Viertel höher sind als in der Vorkriegszeit, sind die Einkünfte der Kapitalisten unvergleichlich mehr gestiegen. Während im Jahre 1914 das Industrielohn der USA fast fünf Milliarden ausmachte, betrug es im Jahre 1923 über 13 Milliarden, also mehr als das Zweieinhalbfache. Diese soziale Schere ist von überaus großer Bedeutung. Die europäischen Löhne stehen im besten Fall auf dem Vorkriegsniveau oder darunter. Es herrscht eine Massenarbeitslosigkeit (nach der Statistik des Völkerbundes 20 Millionen, einschließlich der Familien), während in den USA Arbeitermangel und zugleich Einwanderungssperre zu verzeichnen sind. Ein scheinbarer Widerspruch ist die Arbeitszeitverlängerung bei dieser Massenarbeitslosigkeit. Das Wohlfühntoneurium hat sich als völlig ergebnislos herausgestellt. Die Sowjetunion ist der einzige Staat, in dem der Achtstundentag und die Sechsstundenschicht unter Tage bestehen, während in England und Deutschland die Arbeitszeit verlängert wird. Die englische Regierung weist im Jahre 1926 für eine Million Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung nach. Das sind alles Ausdrücke für die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse — eine Offensive, die sich sogar gegen die Gewerkschaftsrechte und das Streikrecht richtet. Bei dem wachsenden Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse werden die gerechten Forderungen größer, wodurch wiederum die Klassengegensätze sich verschärfen.

Der dritte große Gegensatz ist derjenige der kapitalistischen Industrie zur Landwirtschaft, die sogenannte Schere, in der die gut organisierte und zentralisierte Industrie absolut überlegen ist. Infolge der geschwächten Kaufkraft der Arbeiter wird der Absatz der landwirtschaftlichen Produkte kleiner.

Der vierte ist der Gegensatz zwischen den nationalen Kapitalgruppen, die mächtige Staaten beherrschen und einen erweiterten Kampf um Seewege, Eisenbahnen, Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlageplätze führen. Am Rappha, Rußland, Polen, Mexiko, Bolivien, Dänemark kämpfen USA, England, Frankreich, Italien, Japan usw. mit unerbittlicher Schärfe. Das bedeutet eine ungeheure Gefährdung des Weltfriedens. Sonderbarerweise sind diese Fragen von

der Konferenz, die angeblich die wirtschaftlichen Ursachen der Kriegsgefahr untersuchen soll, ausgeschlossen.

Zehntens: Während die imperialistischen Gegensätze sich verschärfen, wird der Gegensatz zur Sowjetunion ausgehöhlt, obwohl Sozialismus Frieden bedeutet, und eine friedliche Außenpolitik eine Grundlage des Sozialismus ist. Die Nebeneinander-Existenz beider Systeme ist für eine gewisse Zeit unabweislich. Die Konflikt-Aktion gegen die Sowjetunion verstärkt jedoch die Krise.

Der lebendige Gegensatz ist derjenige der Imperialisten zu den Kolonien, die als Objekte der Ausbeutung rechtlos sind und als „unfrei“ betrachtet werden. Die koloniale Ausbeutung wird durch die Aufteilung der Welt unter die Imperialisten verstärkt, während auf der anderen Seite das Nationalbewußtsein der kolonialen Bevölkerung und das Klassenbewußtsein der Arbeiter in den Kolonien gestiegen ist. Die unabweisliche Sympathie der ersten Arbeiterrepublik für die nationalen Freiheitsbewegungen, insbesondere Chinas, ist geschichtlich erforderlich.

Neuntens: Alle die Gegensätze kommen in Revolutionen und Kriegen zum Ausbruch. Die unabweislichen Widersprüche verschärfen die Kriegsgefahr und bringen einen neuen Weltkrieg herauf. Die Grundlage aller Widersprüche des Kapitalismus ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln, die zusammengefaßt sind in der Hand des Finanzkapitals.

Die Monopolkonzentration der imperialistischen Staaten kann zeitweise friedlich sein oder kleine Kolonialkriege hervordringen. Aber die Verschärfung der Gruppengegensätze der imperialistischen Allianzen beschleunigt einen neuen Weltkrieg als Gewaltlösung der Widersprüche. Der vergangene Weltkrieg war als Teil der Krise durch 40 Jahre hindurch vorbereitet.

Neuntens: Der einzige Ausweg aus dieser Lage ist die Aenderung des Wirtschaftssystems durch die Errichtung des Sozialismus, wobei die Trusts sich in den Händen der Produzenten befinden und für die Interessen der Produzenten arbeiten. Alle anderen Auswege sind illusorisch und verschärfen die Konflikte oder vertragen sie, um sie verschärft ausbrechen zu lassen. Loucheur's Berliner Vorschläge sind nicht zu verwirklichen, ebensowenig wie Jouhaux' Ratschläge. Loucheur schlägt eine Herabminderung der Zollschranken und eine Verstärkung der Kartellorganisationen vor. Die Folge davon wäre: Verhinderung der Industrialisierung der rückständigen Länder infolge der Verbeibaltung der Schutzzölle durch die Großstaaten, Vernichtung der kleinen Staaten, Verschärfung des Kampfes zwischen Europa und USA, Teuerung in Europa und verstärkter Druck auf die Arbeiterklasse. Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet die Forderung Loucheur's: Handelsfreiheit für — Monopolkartelle. Jouhaux' Vorschlag konzentriert den Loucheur'schen. Er ist auch gegen Schutzzölle und für ein Wirtschaftssystem mit 18 Mitgliedern, von denen drei Arbeitervertreter sein sollen. Dieser Vorschlag der Zweiten Internationale liefert für Loucheur's Vorschlag die demokratische Fassade mit ähnlichen Aussichten wie die berühmte Sozialistengesandtschaft. Die Arbeiterklasse kann von der vorgeschlagenen Kartellkontrolle nicht mehr erwarten als vom Arbeitsamt. Die Schutzfrage ist keine prinzipielle Frage. Ich bin für Schutzzölle für die Kolonialländer, für den Zollabbau der Großstaaten und für Zollfreiheit des sozialistischen Staates.

Zehntens: Bis zur Verwirklichung des Sozialismus in Europa machen wir die folgenden konkreten Vorschläge zur Erleichterung der Situation der Arbeiterklasse:

1. Annullierung aller Kriegsschulden und Reparationsverpflichtungen; 2. Lohnerhöhung für die Industriearbeiter; 3. Wiederherstellung des Achtstundentages und der Sechsstundenschicht unter Tage und in den gesundheitsschädlichen Berufen; 4. volle Freiheit für die Gewerkschaftsorganisationen und uneingeschränktes Streikrecht; 5. wirkliche Hilfe für die arbeitslosen Opfer der Nationalisierung, Erhöhung der Bezahlungen und Unternehmerrücklagen, Einschränkung des Militarismus des Bürokratismus und des Luxus usw.; 6. Kampf gegen die durch die Kartelle hervorgerufene Teuerung; 7. Öffnung der Grenzen für die Einwanderung; 8. Abschaffung der Proletkate und Mandate, Zurückziehung der Truppen aus den Kolonien, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker; 9. Beendigung der militärischen Intervention in China und Anerkennung der vollen Unabhängigkeit Chinas; 10. Aufheben jedes

gefahr zu ersparen, bereits ihrerseits jede nötige Aktion zu unternehmen.

Loucheur antwortete am Schluß seiner heutigen Rede auf die Reserven der Sowjetvertreter. Er wich jeder Zustimmung aus mit der Bemerkung, daß er die Kartellen nicht gefährden wolle. Ossinski habe die Thesen der Komintern vorggetragen und ungenügenderweise die Vereinskraft der Arbeiterorganisationen zum Wiederaufbau verhöht. Er begrüßt Jouhaux' Vorschlag, wobei er sich die Einreichung von Änderungsanträgen vorbehielt. Mit dem Prinzip der Errichtung eines Wirtschaftsausschusses und einer internationalen Kontrolle sei er jedoch einverstanden. Darauf wurde der Konferenz-Präsident gewählt, in dem u. a. Ossinski, Dubogoff und Frau Brundlich von der österreichischen Sozialdemokratie vertreten sind.

Nach Loucheur's Aussagen auf die Sowjetdelegation steuert der Italiener Belloni die Attacke. Er lehnt bei Vorklären der Sowjetvertreter ab und findet ihre Rede widersprüchlich und doppelzünftig. Während Zerkowitsch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bringt, habe Ossinski feindselige Angriffe auf den Kapitalismus geübt. Beide Reden seien unvereinbar. Er hoffe, daß aus dem Nebeneinanderleben des Kapitalismus und des Sozialismus nicht der Sieg des letzteren, sondern der Sieg des Faschismus hervorgeht. Er greift die Vorwürfe der Sowjetdelegation für die Sicherstellung der Interessen der Arbeiter an mit der Bemerkung, daß die Sowjetunion selbst nicht verwirklichte. Er sei für Jouhaux' Vorschlag, fordere aber Änderungen. Gegen Loucheur's Vorschlag, diese Frage an den Völkerbundsrat zu überweisen, schloß er vor, daß die Konferenz selbst entscheiden soll. Mit deutlicher Spitze gegen Frankreich fordert er, aufbleibend auf die Notwendigkeit neuer Kolonien für Italien, Freiheit der Auswanderung.

Jouhaux erklärte Pressevertretern, er betrachte die Sowjetreden als einen Verzicht auf die Weltrevolution. (1) Die Sozialdemokraten hätten Ossinski's Vorschläge nicht gemacht und wären bereit, dafür zusammenzuarbeiten, falls diese Vorschläge keine feine Reflektationsmaske seien. (2)

Vom Tage

Günstige Lage der Wuhan-Regierung.

Schanghai, 10. Mai. (Zentralpost.)

Entgegen den verbreiteten Nachrichten über die schwere Wirtschaftslage in Wuhan ist jetzt leicht die englische Presse in Aussagen anerkennen, daß das Eingreifen Schanghai's auf den Export Hankaus nicht eingewirkt hat. Der Kurs der Wuhan-Regierung emittierten Bonbons ist in den letzten Tagen in Schanghai beträchtlich gestiegen. Die japanischen Aktien in Hankau haben den Handel wieder aufgenommen. In Hankau in Hankau sind geöffnet, die ausländischen Journalisten erscheinen wieder.

Die Atlantik-Flieger vermisst

Die Meldung, daß die Atlantik-Flieger Hungenen und Götter ihren Flug von Paris nach Neuport glücklich abgeschlossen haben und in Neuport gelandet sind, hat sich nicht bestätigt. Die Flieger, die am Montag morgen 5.30 Uhr abflogen, sind noch nicht gesehen worden bis gestern abend noch nicht gefloht. Es muß damit gerechnet werden, daß die Flieger verloren sind. Die amerikanische Regierung hat Torpedoböte abgelandet, um den Atlantischen Ozean soweit wie möglich abzusuchen. Das Wetter aber ist sehr unglücklich. Seitige Schneestürme erschweren die Aufgabe.

230 Todesopfer der Tornadokatastrophe in Amerika.

Einer Morgenblättermeldung aus Washington zufolge betragt die Zahl der Todesopfer der neuen Tornadokatastrophe in Amerika 230. Verwundet wurden nach den letzten Schätzungen 800 Personen. Der Sachschaden soll sich auf mehr als 10 Millionen Mark belaufen. Auch Chicago bestand im Bereich des Tornados und hatte 8 Todesfälle zu verzeichnen. Ein deutsches Segelschiff mit Besatzung gelangte bei der Morgenblätter aus Königsberg melden, daß das mit Wasser von Hamburg nach Rügenwalde bestimmte Segelschiff „Wendy“ mit der gesamten Besatzung untergegangen. Kolberg hat haben auf der Oberbank die Leiche des Kapitäns der „Wendy“ abgeliefert.

Neue Katastrophe am Missouri.

100 Tote, 250 Verletzte.

Paris, 10. Mai. (Zentralpost.)

Wie aus Neuport gemeldet wird, ist infolge plötzlichen Sturms des Missouri das Dorf Poplar-Bluff überflutet worden. Es werden 100 Tote und 250 Verletzte sowie ein Schiff von über 1 Million Dollar gemeldet.

Drei Arbeiter vom Gerüst abgestürzt. Essen. Auf einem Gerüst stürzten drei Arbeiter infolge Forderung eines Balkens von einem Gerüst ab. Zwei Arbeiter waren sofort tot, der dritte wurde schwer verletzt.

Seht die Elternratswahllisten ein!

Sie liegen bis mit 14. Mai während der Sprechstunden des Schulleiters aus.

Arbeiterschach

Bearbeitet vom Deutschen Arbeiter-Schachbund, Eich Chemnitz, Zwidauer Straße 152, Volkshaus.

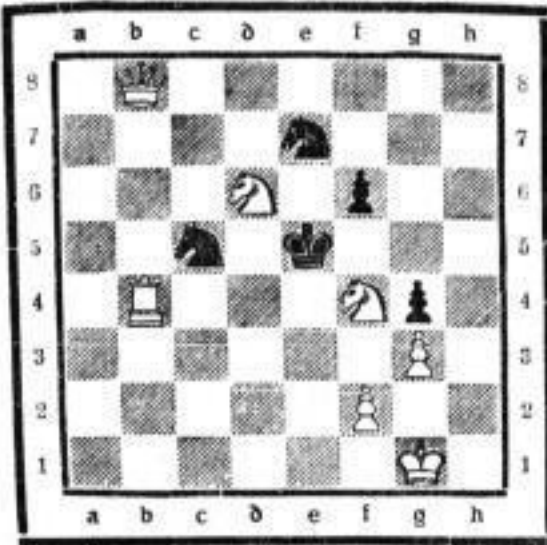
Dresden, den 11. Mai 1927.

Ausgabe Nr. 2

P. Lehn, Leipzig.

„Dresdner Volkszeitung“ 12./11. 1927. Nr. 30.

Schwarz



Weiß
Matt in 2 Zügen!

Das II. Internationale Arbeiter-Schachturnier,

welches in den vergangenen Ostertagen in Berlin abgehalten wurde, war wieder ein großer Schritt vorwärts auf unserem Wege. Hunderte von Schachgenossen aus allen Ländern waren dem Rufe der Berliner Genossen gefolgt, um dort im friedlichen Wettstreit ihre Kräfte zu messen. Die ganze Veranstaltung verkörperte unsere Einstellung: Abkehr vom Einzelrekord, hin zum Massenspiel!

Ein internationales Einzelmeisterturnier war bereits vor dem Feste erledigt worden. In der Gruppe A wurde Sieger Genewsky-Rußland vor Fischer-Oesterreich und Czach-Deutschland. Ragosin-Rußland gewann in der B-Gruppe ganz überragend. Ihm folgten Pickler-Ungarn, sowie Lelmann und Teslenko-Rußland.

Der Länderwettkampf wurde in Mannschaften à 10 Spieler ausgetragen. Resultat: Rußland 27½, Oesterreich 21½, Ungarn 21, Dänemark 16½, Deutschland 13½.

Ebenfalls in Mannschaften standen sich die Kreise gegenüber. Hier waren die Sachsen und die Berliner, sowie die Brandenburger und die Norddeutschen in Front. Auch Leipzig schnitt ziemlich gut ab. — In der B-Gruppe standen Dresden und Berlin an der Spitze.

Außerdem fanden eine ganze Reihe von Nebenturnieren statt, in denen der Bezirk Chemnitz, der Bezirk Dresden und ebenfalls Berlin in guter Form waren. — Auch wurde nebenher noch in einer ganzen Anzahl Gruppen von Einzelspielern gekämpft.

Natürlich war zu einem so großen Turnier alles vertreten. Lobend erwähnt sei die Schachausstellung! Auch die Vorträge von Klinko und Dankert wurden beifällig aufgenommen. Ein Problemlösungsturnier bildete den Abschluß.

Die Problemtürme sind noch nicht erledigt, wir werden darüber später berichten.

Wegen Platzmangels können wir leider nicht ausführlicher werden. Alles in allem aber: Ein großer Erfolg!

Lösung zur Aufgabe von Klinko in voriger Nummer.

1. Te3—e5! Eine sehr schöne Aufgabe, Schachprovokation in Reinkultur. Durch den Schlüsselzug wird der Tf6 entfesselt und dieser kann auf f2 ein donnerndes „Schach“ geben. Aber es nützt nichts, der Turm e5 zieht jetzt nach e2 und gibt hierdurch ein Abzugsmatt, denn der Turm f2 ist jetzt gefesselt.

Richtige Lösungen sandten ein: Martin Hoffmann, Neugersdorf in Sachsen.

Schachnachrichten

Dresden. Die 9. Runde führt die Abteilungen wie folgt auf: 10. 5. Pilschen—Leuben, Loischwitz—Röbtau 2 11. 5. Altstadt—Striesen. 12. 5. Neustadt—Mickten. 13. 5. Röbtau 1—Kadih, Striech—Johannstadt.

Kreiswettkämpfe

In den letzten Kreiswettkämpfen des 6. Kreises am 8. Mai 1927 in Dresden wurde folgendes Resultat erzielt: Dresden—Sp. Limbach 10:0. Sp. 2. konnte nur mit 9 Mann antreten. Leipzig—Jittau 7:2 (1 Sänge). Leipzig spielte unter Protest, da diesem Kampfe keine Schachzettel zur Verfügung gestellt werden konnten. Sp. Limbach—Jittau 4,5:5,5. Limbach spielte nur mit 9 Mann. Im Einzelmeisterturnier Köhler, Neudöbau—Stoj, Chemnitz; Schöbel, Leipzig—Köhler, Neudöbau; Köhler, Neudöbau, war in diesem Kampfe nicht erschienen. Hierüber hat nun die Kreisleitung zu beraten. Stoj, Chemnitz, sagte gegen Gleichheit, Dresden.

Alle Nachrichten und Lösungen sind zu richten an Max Gläzner, Dresden-N. 10, Kreuzstr. 17, part.

Veranstaltungskalender

Kommunistische Partei

Sonntag, vorm. 9.30 Uhr, Volk-Bezirksleitung. Die Vertungen der UB Berichte zusammenstellen. Beginn pünktlich im Parteibureau. Alle Mitglieder müssen bestimmt erscheinen!

Mittwoch, den 11. Mai:

16. Loischwitz, RW-Gemeindevertreter 8 Uhr in Hennigs Restaurant, Pilsnitz, Referent vom Bezirk.
17. Ottendorf-Ostritz, 7.30 Uhr Gruppenstunde bei Guhr, RW, RW Jugend und die Kommunisten Genossen haben Vertreter zu entsenden.

Donnerstag, den 12. Mai:

Neustadt-West, Frauenversammlung im Bierhof Pilsnitz, abends 7.30. Thema: Wie verhält sich die Frau zu den kommenden Wahlen? Sympathisierende Frauen sind hierzu eingeladen.
Neustadt-Ost 5, Jägerpark, Versammlung abends 7.30 Uhr. Thema: Das ABC des Kommunismus.
Strahenstraße Bölschen-Kohlhof, Offentliche Versammlung abends 7.30 Uhr in Brauns Gasthof. „Der Festungsstempel der Chinesen“
Bannwitz, Arbeitsgebiets-Org.-Konferenz, abends 7.30 Uhr im Gasthof Bannwitz, Ref. vom Bezirk.
Klein-Neudorf, Mitgliederversammlung abends 7.30 Uhr im Restaurant Erholung. Thema: Politische Lage.
Leuben, Arbeitsgebiets-Org.-Konferenz, Lokal und Zeit wurde der UB-Leitung noch nicht gemeldet. Ref. vom Bezirk.
Coffeibaude, Arbeitsgebiets-Org.-Konferenz, abends 7.30 Uhr im Strahenbahnhof Gohlis. Ref. vom Bezirk.
Köhlschneida, Arbeitsgebiets-Org.-Konferenz, abends 8 Uhr im Restaurant Großer Robert, Sertowitzer Straße, Referent vom Bezirk.
Kadeberg, Arbeitsgebiets-Org.-Konferenz abends 7 Uhr im Deutschen Haus. Referent vom Bezirk.
Bauhen, 7.30 Uhr Agrarkommission mit Zellen- und Ortsgruppenleitern.

Kommunistischer Jugendverband

Donnerstag, den 12. Mai:
Südwest, Mitgliederversammlung im Luftbad Costa, abends 7.30 Uhr. Kontrolle der Gewerkschafts- und Parteimitgliedsbücher. Berichterstattung.
Cohmannsdorf, Gruppenabend im Jugendheim, abends 7.30 Uhr. Thema: Der Kampf der kommunistischen Jugend gegen den Faschismus.

Jung-Exartatus-Bund

Mittwoch, den 11. Mai:
Dresden-Striesen, 4.45 Uhr Gruppenabend im Sportlerheim, Sepsstraße.

Rena, 5—7 Uhr Versammlung. Meldebüchlein für Kadeberg morgen, den 12. Mai.

Freital-Deuben, Der JEB dankt der Parteizelle Matka für die Geldspende zur Finanzierung der Arbeit.

Roter Frontkämpferbund

Kreitag, den 13. Mai:
Groß-Dresden, 7.30 Uhr Funktionärsstunde Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Pilsnitzstraße.
Dresdner Gruppe Bannwitz, 7.30 Uhr Arbeitsgruppenversammlung im Aufklärung-Pilsnitzdienst.

Rote Jungfront

Donnerstag, den 12. Mai:
Abteilung 1, 7.30 Uhr Versammlung im Bürgergarten, Sonn-Kamerad hat zu erscheinen.

Rote Jugend

Kreitag, den 13. Mai:
Abteilung 3, 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im Golewaldhof, Golewaldstraße. Genossin Rieger spricht über das Geschichtsbüchlein-Gesch. Alles hat zu erscheinen. Güte willkommen.

Proletarische Freidenker

Donnerstag, den 12. Mai:
Friedrichstadt, 8 Uhr abends Versammlung im Brandenburger Hof, Wandraabend findet am 28. Mai statt.

Ämtliche Bekanntmachungen

Brand-Erbisdorf

Wohnungszählung am 16. Mai 1927.

In den nächsten Tagen werden allen Grundstücksbesitzern oder deren Vertretern die für obige Wohnungszählung bestimmten Erhebungspapiere durch beauftragte Zähler zugestellt.

Jeder Besitzer eines bewohnten Gebäudes erhält zu diesem Zwecke eine Grundstücksliste und jeder selbständige Wohnungsinhaber eine Wohnungskarte ausgehändigt.

Vor Ausfüllung der Erhebungspapiere sind die Erläuterungen genau durchzulesen.

Die Eintragungen haben nach dem Stande vom 16. Mai 1927 auf das gewissenhafteste zu erfolgen.

Die ausgefüllten Erhebungspapiere sind vom 17. Mai 1927 ab zur Abholung bereitzuhalten.

Unrichtige und nicht fristgemäße Ausfüllung der Grundstücksliste und der Wohnungskarte wird mit Geldstrafe belegt.

Brand-Erbisdorf, am 9. Mai 1927.

Der Stadtrat.

Freital

Donnerstag, 12. Mai, abends 7.30 Uhr, findet Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustand auf der Freitaler Stadteil Pilschappel, Hof des früheren Rathauses, zum Preis von 50 Pf. das Pfund statt.

Freital, den 11. Mai.

Stadtrat Freital.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Für alle arbeitslosen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes findet am

Freitag, den 13. Mai 1927, vormittags 9 Uhr im Volkshaus, Riesenbergstraße 2, großer Saal eine

Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Wie entsteht eine Zeitung (Vichtbildervortrag).

2. Erwerbslosenangelegenheiten.

Es wird erwartet, daß für zahlreichen Besuch Sorge getragen wird. Die Versammlungsbesucher sind für diesen Tag nicht an die Kontrollzeit gebunden. Es ist vereinbart, daß die Kontrolle bis nachmittags 3 Uhr in den in Frage kommenden Stellen erledigt sein muß. Die Ortsverwaltung.

V.-O.-Lichtspiele

im Volkshaus Dresden-Ost
Schaubauer Str. 73, Ecke Altesberg, Str. 50

Ab Donnerstag bis mit Sonnabend (12.—14. Mai)

Matrosen-Regiment Nr. 17

(Kosakenweibsteuler) oder Der rote Blitz über Rußland!

Der erste Spitzentfilm aus original-russischer Produktion!

Außerdem:

Großes Beiprogramm u. Neuestes aus aller Welt

Erwerbslose, Kriegshinterbliebene u. Kriegsverletzte zahlen nur Donnerstags auf Ausweis halbe Preise auf allen Plätzen

Vorführungen: 7 und 9 Uhr

Besuchen Sie möglichst die erste Vorstellung, um sich einen guten Platz zu sichern!

Kluge Eheleute!

Alle sanit. Bed.-Art. i. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapparat

R. Freisleben, Dresden-N., Postplatz

sind zu haben in allen Verteilungsstellen
des
Konsumvereins
Vorwärts
Warenabgabe nur an Mitglieder.

Variété-Theater
„Königshof“
Direktion Willy Liffe
Täglich 8 Uhr Das b-hobelle
Eröffnungs-Programm
Propaganda-Gutschein
Vorzeiger dieses Kons erhält
2 Freikarten

GOON WIESE
Die beliebtesten
Balltage
Donnerstags Herren 50, Damen 60
Sonntags
Tanzmarken — Tanzbänderchen
Anmeldungen zu dem im Rundschreiben
vom 30. April bekanntgegebenen

Internationalen Grenztreffen
(Phingsten 1927)
sind schnellstens, spätestens aber bis 12. Mai
bei den Gruppenvorsitzenden zu bewirken.
Verband für Freidenker u. u. v.
und Feuerbesitzung u. v.
Berirk Ostschonau

Genosse sucht leeres
Zimmer
in der Neustadt (Dresden) od. Trachenberge
Zuschreiben unter **W. H. 41** an d. Exped. d. Bl.

**Ausführung
aller Malerarbeiten**
Mäßige Preise!
Zu erf. Eichenstraße 6 bei Frau Vahl

**Musik-
Instrumente**
trompete, cornett, klarinette,
saxophon, oboe, fagott, u. v.
kvalität die billigste!
Lorenz, Lohrhusen
Ferre, 19127. Alle Repar.

Werbt neue
Abonnenten!
**Raucht
Hassan-Tabak!**
Er wird Euch schmecken

Licht- u. Luftbad Heidenau
Eröffnung: Sonntag, den 15. Mai 1927
35000 qm groß, 1000 qm Schwimmbassin
Kabinen, Turngeräte, Kinderbelustigung
Geöffnet: Sonntags 6 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends
Wochentags 7 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends
Telephon: Heidenau 620